

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
1/4 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 2. April. Se. Majestät der König haben Allernachst ge-
ruht: Den Hauptmann im 2. brandenburgischen Grenadier-Regiment Nr. 12
(Prinz Karl von Preußen) Simon, in den Adelsstand zu erheben.
Ihre Majestät die Königin Augusta haben nach Anhörung des Kapitals
der zweiten Abtheilung des Louiseordens geruht, an die nachbenannten Frauen
und Jungfrauen, nachdem deren während des vorjährigen Krieges für die Ar-
mee im Felde geleisteten Dienste zur Kenntniß Sr. Majestät des Königs gebracht
worden, unter Allerhöchstdessen Genehmigung ein, deren verdienstliches Wirken
dankbar anerkennendes Belobigungsschreiben zu erlassen: Frau Kammerer
Froelich zu Biele, Frau Rittergutsbesitzer Wandelow auf Tuchorze, Frau
Landrath v. Unruh-Womst in Wollstein, Frau Kreisgerichtsath v. Dresler
in Grätz, Frau Rittergutsbesitzer v. Poncet auf Alt-Tomysl, verwitwete Frau
Louise Wollmann in Braunsdorf, verwitwete Frau Bertha Weigt in
Krausdorf, Frau Major Heßla v. d. Gröben in Bissa, Frau Dr. Maria
Kunze in Bissa, Frau Landrath v. Madai, z. Z. in Frankfurt a. M., Frau
Landrath Ruppel in Krotoschin, Frau Kreisgerichts-Direktor Fohnhorst
in Krotoschin, Frau Oberst Hoffmann in Krotoschin, Frau Bürgermeister
Scholl in Krotoschin, Frau Oberst v. Mantuffel in Wesel, Frau Landrath
Amalie Gregorowius in Pleschen, verwitwete Frau Rittergutsbesitzer
v. Treskow auf Wierzonka, Frau Landrath v. Suchodolska in Wogro-
wiz, Frau General-Lieutenant Klara v. Alvensleben in Posen, Frau
General-Lieutenant Anna v. Kirchbach zu Posen, Baroness Anna v. Kosch-
tull zu Posen, Frau Oberst v. Waffow zu Posen, Frau Ober-Stabsarzt Dr.
Waffalin zu Posen, Frau Kaufmann Marie Bielefeld in Posen, Frau
Formmeister Schulemann in Bromberg, Frau Ober-Stabsarzt Dr. Grubitz
in Schneidemühl, Frau Missprediger Biele zu Schneidemühl, Frau Missin-
gen in Schneidemühl, Fräulein Alma v. Sigewitz in Cho-
dzien.

Telegramme der Posener Zeitung.

München, 2. April Nachmittags. In Folge des Auftretens
der Luxemburger Frage stehen Kundgebungen der öffentlichen Mei-
nung zu Gunsten der Zurückweisung jeden fremden Uebergriffs auf
deutsche Territorien bevor. Schwache Preußen in der Sache
würde vom bayerischen Volk als Zustimmung zum Verkauf ange-
sehen werden.

London, 2. April. In Folge des in Rede stehenden Ver-
kaufs von Luxemburg an Frankreich wird die beabsichtigte Reise des
Königs von Preußen und des Kaisers von Rußland zur Industrie-
Ausstellung nach Paris als in Frage gestellt bezeichnet.

London, 2. April Nachmittags. Holländische Geschäftsstele-
gramme und Zeitungsnachrichten wollen behaupten, der Verkauf
Luxemburgs sei definitiv aufgegeben. Man hält in unterrichteten
Kreisen diese Meldungen um so weniger für richtig, als Pariser
Nachrichten den holländischen widersprechen.

Berlin, 3. April. Nach den „Morgenzeitungen“ wird der
König von Belgien und der Graf von Flandern hier bei der Fa-
mille der Hohenzollern am 23. d. M. eintreffen. Der Oberkom-
mandant der ägyptischen Armee Chachim Pascha ist zu mehrtägi-
gem Aufenthalt hier eingetroffen. Die Ernennung des Herrn
v. Möller zum Regierungspräsidenten in Kassel und des Herrn
v. Bernuth zum Präsidenten in Köln ist nunmehr erfolgt.

Die Veränderung der Situation.

Noch vor einigen Wochen galten unsere Beziehungen zu Frank-
reich für so freundschaftliche, zu Oesterreich für so kühle, daß sich in
der Presse vielfach der Glaube widerspiegelte, Norddeutschland habe
an seiner Westgrenze unbedingte Freiheit des Handelns, müsse aber,
um dieselbe auch gegen Oesterreich hin zu haben, wünschen und so
weit wie möglich dazu beitragen, daß dieses so bald nicht aus seinem
Chaos herauskomme. Jetzt scheint Alles mit einem Schlage um-
gekehrt. Man mißtraut Frankreich und macht sich mit dem Gedanken
eines preußisch-österreichischen Bündnisses vertraut. Es ist erklärbar,
daß die durch die luxemburger Angelegenheit in Deutschland erzeugte
Aufregung nach beiden Richtungen übers Ziel schießt.

Der Korrespondent eines preussischen Blattes schildert die ge-
genwärtige Situation, gestützt auf „zuverlässige Versicherungen“,
dabin, daß Frankreich schon vor längerer Zeit bemüht gewesen, Bun-
desgenossen gegen Preußen zu suchen. Vor einigen Wochen, so
schreibt derselbe, richtete man von den Tuilerien aus vertrauliche
Anfragen nach Petersburg, Wien und Italien, ob diese Regierun-
gen geneigt seien, ein eventuell gegen Preußen gerichtetes Bündnis
einzugehen und man unterließ nicht, hinzuzufügen, daß man gern
bereit sei, für ein den etwaigen Anstrengungen der einzelnen Mächte
entsprechendes Äquivalent zu sorgen. Von Florenz aus erhielt man
eine rundheraus ablehnende Antwort, die Napoleon III. sehr ver-
drossen haben dürfte. Herr v. Beust äußerte sich, wie das seine Art
ist, vorsichtig und, welcher Art auch seine persönlichen Sympathien
gewesen sein mögen, er lehnte nach einigem höflichen Hin- und Her-
reden ab, worauf er in lebhaften diplomatischen Verkehr mit der
Wilhelmsstraße trat. Diese Wendung der Dinge ist etwa 10 Tage
alt und findet ihre Bestätigung in der Haltung der zu Beust in Be-
ziehung stehenden „Neuen freien Presse“. Auch die alte „Presse“
wies entrüstet die Zumuthung eines Bündnisses mit dem Napoleo-
nismus zurück. Die besten Geschäfte machte Napoleon in Peters-
burg, wo er lebhaften Verkehr in der orientalischen Frage verheißt
hatte, und wo man den Einfluß Frankreichs im Orient für schwerer-
wiegend hielt, als die Freundschaft Preußens. Wie weit die Ver-
sprechungen Frankreichs gingen, habe ich nicht erfahren können.
Preußen war also offenbar mit einer schweren Krise bedroht und
hatte in solchem Falle außer Italien nur England zu Seite gehabt,
dessen Beistand indeß nicht zu hoch anzuschlagen ist; da derselbe
sich anerkanntermaßen genau nach den Chancen des Verbündeten
richtet, so lange die eigene Existenz nicht bedroht ist. Jetzt aber
berichtet zwischen der Wilhelmsstraße und Herrn v. Beust ein reger
Verkehr, und man hält den Abschluß eines preussisch-österreichisch-ita-

lienischen Bündnisses in hiesigen gut unterrichteten Kreisen für nicht
unmöglich.

Wir brauchen wohl kaum hinzuzufügen, daß wir es hier mit
bloßer Konjekturalpolitik zu thun haben. So nahe die Möglichkeit
liegt, daß Louis Napoleon sich bemüht hat, mit einigen befreundeten
Staaten an der Nord- und Ostsee in engere Handelsbeziehun-
gen zu treten, um wenigstens in handelspolitischer Beziehung dem
Norddeutschen Bunde ein Gegengewicht zu bieten, so wenig läßt
sich daran glauben, daß er direkt etwas gegen Preußen im Schilde
geführt. Für die Annektirung Luxemburgs hat er gewiß bis in die
neueste Zeit Preußens Zustimmung zu erlangen gehofft, da die preu-
ßische Regierung die Zugehörigkeit Luxemburgs zum Norddeutschen
Bunde bisher als offene Frage behandelt hatte und man sich in
Frankreich steif einbildet, Preußen könne sein Recht auf Luxemburg
einzig und allein aus der Bundesakte ableiten, Luxemburg aber seit
Annulirung dieser Akte den Charakter einer deutschen Bundesfestung
verloren habe und die Anwesenheit der preussischen Besatzung
in derselben allein auf den Bestimmungen der Pariser und Wiener
Verträge beruhe.

Daß Preußen selbst die luxemburgische Frage nicht aufs Tapet
gebracht, namentlich in den von ihm vorgelegten Verfassungs-Ent-
würfen das Großherzogthum nicht als einen Bestandtheil des Nord-
deutschen Bundes in Betracht gezogen hat, war ein Gebot der Klug-
heit; denn vor dem Kriege mit Oesterreich angeregt, konnte die An-
gelegenheit Preußen vielleicht weniger fest im Widerstande gegen
Frankreich finden.

Jetzt trüge wohl selbst der französische Chauvinismus Beden-
ken, um einer Erwerbung willen wie Luxemburg, Frankreich in
einen gefährlichen Krieg zu stürzen. Bundesgenossen hätte es in
demselben nicht; denn auch Rußland scheint nach den neuesten
Telegrammen ihm keine Aussicht auf Unterstützung zu gewähren.
Das weiß Louis Napoleon, so wie er weiß, daß er sich jetzt noch aus
dem Handel herausziehen kann, ohne sich zu kompromittiren, denn
von Holland ist das Angebot geschehen. Sollte es sich auch be-
stätigen, daß in der Festung Luxemburg kriegerische Vorkehrungen
getroffen werden, und General v. Göben ihr Kommandant wird,
die eingetretene Panique der Börse scheint noch nicht gerechtfertigt.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 2. April. Auch heute nahmen die
Verhandlungen des Reichstags einen raschen Gang und die Vora-
thung des Verfassungsentwurfs ist schon so weit gediehen, daß man
hoffen darf, die ganze Arbeit der Vorberathung werde bis Ende
nächster Woche erledigt werden. Es folgt dann zunächst eine mehr-
tägige Pause und die Schlussberathung würde also wohl noch vor
dem Ofterfeste stattfinden können. Es unterliegt keinem Zweifel,
daß die Vorgänge in der gestrigen Sitzung einen ungemein beleben-
den Einfluß auf den ganzen Gang der Verathungen äußern; aber
nicht nur in den Reichstagskreisen, sondern überall wo man ein po-
litisches Bewußtsein hat, herrscht wegen der Luxemburgischen
Frage eine allgemeine Bewegung, so daß die buntesten und aben-
teuerlichsten Gerüchte kursiren. So war die hiesige Börse gestern
sehr niedergeschlagen in Folge einer Nachricht, daß mehrere Arme-
Korps in Kriegsbereitschaft gesetzt würden. Es ist dies Gerücht
nicht nur völlig unbegründet, sondern steht auch in offenbarem Wider-
spruch mit der Erklärung des Grafen Bismarck, die Regierung hoffe,
die Angelegenheit Luxemburgs werde auf friedlichem Wege ihre be-
friedigende Lösung finden. Damit wird aber nicht bestritten, daß
wie gleichfalls aus der Rede des Ministerpräsidenten hervorgeht,
die preussische Regierung die Sache ernst im Auge hat, und nöthi-
genfalls die Energie beihält, welche Deutschland an ihr
kennen gelernt hat und auch jetzt von ihr erwartet.

Zu den ersten Aufgaben des Norddeutschen Bundes nach sei-
ner Konstituierung wird die einheitliche Regelung des Maß- und
Gewichtswesens gehören. Es wird daher von Seiten der Re-
gierung vorläufig davon Abstand genommen, auch in dieser Hin-
sicht schon jetzt die Verhältnisse in den neuen Landestheilen mit de-
nen der alten konform zu gestalten; nur die notwendige Verände-
rung des Maßzeichens wird sofort erfolgen müssen. — Neuer-
dings ist die Erweiterung der Stadt und Festung Magde-
burg in Anregung gekommen. Der Plan dazu war bereits früher
gefaßt, mußte aber im vorigen Jahre wegen der kriegerischen Ereig-
nisse zurückgelegt werden. Jetzt ist er wieder aufgenommen und
wird im Anschluß an die von der Stadtgemeinde und der Eisen-
bahndirektion gemachten Vorschläge und Anträge zur Ausführung
gelangen.

Die Regierung wendet dem Hypothekenwesen gegenwär-
tig eine besondere Aufmerksamkeit zu und wird daher auch das vom
hiesigen Magistrat projektirte Pfandbriefamt in Erwägung ziehen.
In nächster Zukunft schon werden in dieser Angelegenheit kommis-
sionäre Verathungen seitens der beteiligten Ressortministerien und
des Magistrats stattfinden, bei welchen der Minister des Innern
oder dessen Kommissar den Vorsitz führen wird. — Der Kapitän
zur See Heldt ist seiner Stellung als Chef des Stabes im Ma-
rine-Oberkommando enthoben und an seiner Stelle der Korvetten-
Kapitän Batsch, welcher bisher als Direktor der Marineschule und
als Kommandant der „Niobe“ fungirte, zum Stabschef ernannt
worden. — An Stelle des zur Disposition gestellten Bürgermeisters
zu Goslar ist als kommissarischer Magistrats-Dirigent der Regie-
rungs-Assessor Borchert, bisher Landrathsamtsverweser in Ino-
wraclaw ernannt worden.

Berlin, 2. April. In der Luxemburger Frage hat die
Fraktion der National-Liberalen von weiteren Schritten Abstand

genommen, doch ist eine Resolution unter Betheiligung womöglich
aller Fraktionen projektirt. — Von den 13 polnischen Abgeordneten,
welche dem Reichstage angehören sind permanent nur 3 anwesend,
bei der Schlussberathung wollen sie mit der Ablehnung des S. 1.
ihre Thätigkeit beschließen, also an den übrigen Abstimmungen kei-
nen Antheil nehmen. Der Regierung wird das für verschiedene
ihrer Wünsche genehm sein, so werden die ausfallenden Stim-
men der Polen namentlich zu der so sehnlich von der Regierung er-
hofften Ermöglichung der Diätenverfassung beitragen. — Die Kom-
mission militärärztlicher Autoritäten, welche zu einer Berathung
über Reform des Militär-Sanitätswesens hierher berufen worden,
ist mit dem ersten Theile ihrer Arbeiten der Vorberathung in we-
nigen Tagen zu Ende. Es erfolgt dann die Erstattung von Berich-
ten über jeden Theil der Vorlage durch einen Referenten und je
zwei Korreferenten und dann die Schlussberathung.

Auf die bei dem Empfang der Dekane der Kieler Uni-
versität am 27. März d. J. von dem Dekan der theologischen
Fakultät, Prof. Dr. Eipsius, gehaltenen Ansprache an Se. Maje-
stät den König, geruhten Se. Majestät ungefähr Folgendes zu er-
widern:

„Es freut mich, die Vertreter der Kieler Universität vor mir zu sehen
und ich habe die Darlegung der von Ihnen ausgesprochenen Gesinnungen gern
vernommen. Sie haben im Auge die großen Ereignisse der letzten Jahre, in
deren Folge Sie hier stehen, berührt, Ereignisse, von denen ich selbst nicht vor-
ausgesehen habe, wohin sie führen würden. Als im Jahre 1864 der Krieg be-
gann, hatte ich die jetzige Lösung noch nicht im Auge. Allein die großen Opfer
an Blut, welche mein Volk für die Befreiung der Herzogthümer gebracht hat,
überzeugten mich, daß die Herzogthümer zu Preußen in nähere Verbindung ge-
bracht werden mußten. Auch als dann der Krieg des vergangenen Jahres aus-
brach, konnte ich den schließlichen Ausgang nicht voraussehen. Die Umstände
sind mächtiger gewesen, als ich; in dem Erfolge des Krieges erkenne ich das
sichtliche Walten der Vorsehung.“

Ein Theil der Kieler Professoren hat ein anderes Ziel vor Augen gehabt.
Die Frage war kontrovers und ich werde auf keinen um deswillen einen Stein
werfen, weil er eine andere Meinung gehabt hatte. Lassen wir die Vergangen-
heit ruhen und fassen die großen Ziele der Zukunft ins Auge. Was die großen
Ereignisse des vergangenen Jahres eingeleitet haben, soll hier vollendet werden.
Durch die Gestalt des Norddeutschen Bundes werden auch die Herzogthümer
die Stellung finden, die alle Völkern heilt. Noch einmal drücke ich meine Freude
über die Gesinnungen aus, welche die Vertreter der geistigen Pflanzstätte in den
Herzogthümern mir ausgesprochen haben und vertraue, daß sie dieselben auch
unter der ihrer Obhut anvertrauten studirenden Jugend zu pflegen bemüht
sein wollen. In Ihrer Hand liegt viel.“

Er. Majestät geruhte hierauf noch in huldvollster Weise mit
den einzelnen Mitgliefern der Deputation zu reden.

Der Baron v. Schleinitz, als Minister des königlichen
Hauses, und Baron Rothomb, als belgischer bevollmächtigter Mi-
nister, haben am Freitag den Vertrag wegen der Heirath des
Grafen von Flandern und der Prinzessin Marie zu
Hohenzollern unterzeichnet. Die Vermählung ist auf den 25.
April angelegt.

Aus zuverlässiger Quelle wird bestätigt, daß das königl.
sächsische Postwesen zum 1. Juli d. J. gegen Vergütung eines
jährlichen Kanons von 350,000 Thlrn. von Preußen übernommen
werden wird. (M. P. Z.)

Dem Vernehmen nach befindet sich ein neues Wild-
Schonengesetz in der Vorbereitung, das für alle preussischen Pro-
vinzen, alte wie neue, gleiche Geltung verlangt. (M. P. Z.)

Es soll darauf hingewiesen werden, daß zur Gestellung
Behufs der Musterung diesmal auch diejenigen Militärflicht-
tigen aufgeführt werden sollen, welche früher als 1843 geboren
sind und aus irgend einem Grunde keine endgültige Entscheidung
erhalten haben. Diejenigen Militärflichtigen, welche auf Grund
ihrer Schiffsapostrophe zu den Seedienstpflichtigen übergeführt zu
werden berechtigt sind, haben ihre bezüglichen Anträge spätestens
beim Kreis-Ersatzgeschäfte des Jahres anzubringen, in welchem sie,
ihrem Lebensalter nach, zum ersten Male zur Gestellung kommen,
sofern sie nicht bis zum 2., beziehentlich 3. Gestellungsjahre mit
Ausstand versehen sind. Diejenigen, welche jenen Termin vorüber-
gehen lassen, werden zum dreijährigen Militärdienste herangezogen.
Wer wegen wirtschaftlicher oder Familienverhältnisse eine zeitweise
oder gänzliche Zurückstellung vom Militärdienste in Anspruch neh-
men zu können glaubt, hat seine begründeten und beweiskräftigen
Anträge zunächst der bürgerlichen Behörde schriftlich einzureichen.

Es ist in Breslau eine Sammlung angeregt worden,
um einen Fonds zusammenzubringen, aus welchem den beiden Ab-
geordneten Breslau's während der Dauer der Reichstags-Session
Diäten gezahlt werden sollen. Ferner erzählt die „M. P. Z.“, daß
dem Abgeordneten Dr. Schleiden aus Amerika eine Summe von
1700 Thlr. zugegangen ist, um daraus für sich und andere Abge-
ordnete, welche derselben bedürftig sind, während der Dauer der
Reichstags-Session Diäten zu entnehmen.

Von fast sämtlichen Rittergutsbesitzern, ferner von den
Vertretern der Stadt und Landgemeinden (bis auf Einen), sowie
fast sämtlichen Besitzern der größeren Güter im Neustädter
Kreise ist, wie die „Danz. Ztg.“ meldet, nachstehende Erklärung an
den Norddeutschen Reichstag gerichtet:

„Bei der stattgehabten Wahl eines Abgeordneten zum Norddeutschen
Reichstag ist in dem westpreussischen Wahlkreis Neustadt-Garthaus der aufge-
stellte Kandidat des sogenannten polnischen Wahlkomite's gewählt worden.
Das Ergebnis dieser Wahl ist den Agenten des genannten Komite's dadurch
gelungen, daß die Wahl bei dem großen Theil der unwissenden, überwiegend
katholischen Bevölkerung zu einer Religionsfrage gemacht, wodurch die meisten
Stimmen gewonnen wurden. Nach dem Aufbruch des polnischen Wahlkomite's
wird nun polnischer Seits beabsichtigt, gegen die Einverleibung Westpreußens
in den Norddeutschen Bund zu protestiren. — Wir behaupten nun, daß von den
13,000 sogenannten polnischen Stimmen nur wenige Hundert gewußt haben,
was der von ihnen Gewählte beabsichtigt. Fast Alle glaubten, daß es sich darum
handle, die Rechte der katholischen Kirche zu vertheidigen, und ist die Bevölke-
rung unseres Wahlkreises getäuscht worden. Nur eine verschwindende Mino-
rität, unbedeutend an Intelligenz und Verstand, huldigt und fördert bei uns die

unberechneten Tendenzen der polnischen Abgeordneten, und ist die Masse der Bevölkerung ihren wahren Bestrebungen gänzlich fremd.

Wir unterzeichnete ständige Vertreter der Ritterschaft und der Stadt- und Landgemeinden Neustadt-Carthaus, den verschiedensten politischen Parteien angehörig, erklären deshalb hierdurch öffentlich:

„dass wir mit uns die hiesige Bevölkerung in ihrer überwiegenden Majorität die wahren polnischen Bestrebungen des Abgeordneten unseres Wahlkreises verwerfen und mit Polen nichts gemein haben wollen. Wir fühlen uns als gute Westpreußen, treu unserm König und Vaterland, und erklären, dass wir mit ganzem Herzen einem starken Preußen und mächtigen Deutschland anhängen und angehören wollen.“

London, 31. März. Der Lehrer Jensen in Eggebeck-Kraund ist wegen Eidesverweigerung entlassen worden. Vier andere Rentiten haben an den König supplicirt. Morgen beginnen hier die Kontrollversammlungen der Landwehrmannschaften; mehrere sind bereits nach Danemark ausgewandert. (H. N.)

Oesterreich.

Wien, 1. April. Ueber die Neuwahlen in Böhmen und Mähren hat man jene in Krain, wo bekanntlich ebenfalls der Landtag aufgelöst war, beinahe aus dem Auge verloren. Dennoch hat sich gerade hier ein sehr beachtenswerthes Faktum herausgestellt, das nämlich dort, wo es an einem mächtigen Adel fehlt, der immer mehr auf die Wünsche des Hofes hören wird, auf dem platten Lande die Herrschaft über die rohen slawischen Bauern bereits absolut in die Hände des fanatischen Klerus übergegangen ist, dem die Regierungsbeamten völlig machtlos gegenüberstehen. So weit hat es Graf Belcredi mit seiner Verfassungsreife und mit seiner ausgesprochenen Liebhaberei, die Dinge in Oesterreich vom slawischen Standpunkte aufzufassen, glücklich gebracht. Wer uns vor anderthalb Jahren hätte weismachen wollen, daß eine so völlig kulturunfähige Gesellschaft, wie die Slawonen, der deutschen Zivilisation gefährlich werden können, den würden wir einfach ausgelacht haben. Es ist Thatsache und kein Wig, daß, als Schmerling auf Andrängen der Abgg Roman u. Bleiweis sich entschloß, das Reichsgesetzblatt in's fog. Slawonische zu übersetzen, die damit bedachten Gemeinden Krains es retournirten und sich die weitere Zusendung verbateten mit der Motivierung, das sogenannte Schrift-Slawonische sei eine Sprache, die kein Mensch verstehe; eine bloße Erfindung des Viehärztes Bleiweis und des Apothekers Roman, in der nichts geschrieben sei, als eine slawonische Grammatik und ein dito Dictionär, wofür man keine Verleger finden könne. Der Krainer Bauer spreche wendisch, was sich zu der linguistischen Mißgeburt der Herren Bleiweis, Roman u. Co. verhalte, wie etwa so ein recht verdorbener Salsbädler, z. B. des Kölner Klüngels zum geizigsten Hochdeutsch, schreiben aber kann er entweder gar nicht, was die Re. el sei, oder er schreibe, wie jeder andere Mensch hochdeutsch, so schlecht und gerecht, wie es nun eben geht. Diese „interessante“ Nationalität nun hat Bleiweis mit Hilfe der Schwarzköpfe und Jesuiten, so wie einer eisernen Beamtenpreißen so zu montieren verstanden, daß das Deutschthum im Januar, so zu sagen, aus Krain herausgeprügelt wurde und der Krainer Landtag eine ausschließlich slawonische Versammlung schien. Trotz aller Regierungsanstrengungen haben bei den Neuwahlen die Deutschen zwar ein Paar Sitze, aber nicht die Majorität in dem Leisbacher Landtage erröbte. Nirgends wurde von allen Kanzeln und in allen Reichstagsklostern so offen und in so frechen Ausdrücken vor den Wählern gegen das Ministerium agitirt und gepredigt. „Ich bekümmere mich nicht um Politik — rief ein Pfarrer seiner Herde zu — aber das sage ich Euch, ich möchte im jenseitigen Leben nicht in dessen Haut stecken, der einem Deutschen seine Stimme giebt; ich kann Euch nur beschwören, die Alten wieder zu wählen.“ Damit nicht genug, fanden die Deutschen an vielen Orten, wenn sie zur Wahl fuhren, die slawonischen Bauern unter Führung der Landgeistlichen, und in den Städten die Schüler mit den Pfarrern an der Spitze aufmarschirt. Diese Banden hielten die Wagen der Deutschen an, prügelten die Insassen durch und rissen ihnen die schwarz-gelben Fahnen, mit denen sie ihre Fuhrwerke geschmückt, herab, um dieselben mit den Füßen in den Staub zu treten. So gehen die, von Belcredi gehätschelten und als Gegengewicht gegen die aufgeklärten und liberalen Deutschen großgezogenen slawischen Föderalisten mit dem Reichspanier um! Allein wir dürfen nicht vergessen, nachdem uns einmal das Sistrungsministerium im Interesse der feudalen Klique, die hinter ihm stand, in allem Ernste die Karrikatur der slawonischen Frage zu einer neuen Achillesferse des Reiches gestempelt hat, so daß die größten Grundbesitzer Krains, wie Anastasius Grün (Anton Graf Auersperg) an Auswanderung denken und die meisten deutschen Landedelleute Krain verlassen wollen, kann diese Slawonenwirtschaft, in dem Momente, wo das orientalische Wetter sich

Berliner Briefe.

Berlin, 1. April. An dem Bau der deutschen Einheit wird im Reichstage fleißig gearbeitet und es ist keine Frage, daß man ernstlich bemüht ist, so bald als möglich unter Dach zu kommen. Es ist auch keine Zeit zu verlieren und selbst wenn der Hohenbau nicht allen Anforderungen entspricht, jetzt ist jeder Streik um kleine Verrückungen von Uebel. Da einmal die deutsche Einheit zuerst hergestellt werden soll, so ist alle Weigerung, diesen Weg mit zu betreten, ein politischer Fehler, wenn nicht noch mehr. Wer eine andere abweichende Meinung hatte, mußte sich gar nicht erst wählen lassen, denn mit dem Eintritt in das Norddeutsche Parlament übernahm er auch die Pflicht, das große nationale Werk zu fördern und zu führen. Mit Schreden gewahre ich meine Uebergriffe in ein anderes Gebiet und ich will mich nicht wieder in das mir angewiesene Souveränitätsgebiet und nur einen flüchtigen, feuilletonistischen Blick in den Reichstagsaal werfen. Die äußere Erscheinung läßt nichts zu wünschen übrig. Wie glänzt der weite herrschaftliche Saal in königlicher, ja fast kaiserlicher Pracht! Schon die elegant decorirten Räume lassen darauf schließen, daß man dem neuen Gaste besondere Ehren erweisen will. Selbst das Publikum, das auf der ohnehin beschränkten Zuschauertribüne Platz nimmt, sieht weit eleganter aus, als es Berlin sonst für parlamentarische Verhandlungen liefert und es besteht, selbst aus Frauen, vorwiegend aus Damen, die für den Reichstag, trotz seines gereiften Aussehens, ganz besonderes Interesse zeigen. In der königl. Loge finden sich stets hohe und höchste Herrschaften ein; auch der Großherzog von Mecklenburg erschien daselbst eines Tages, verstand aber bald, als Wadenbusen, der ihm zufällig gerade auf der Tribüne gegenüberstand, die Zustände Mecklenburgs sehr scharf beleuchtete und sie mit dem Fortschritt, der Kultur und dem Wohle des ganzen Landes unvereinbar fand. Es ist schmerzhaft, daß dem edlen Herzog das Interesse für Reichstagsverhandlungen so schnell und gründlich verleidet werden mußte.

Um das Maß des norddeutschen Glüdes voll zu machen, ist ein Simon erster Präsident des Reichstages. Süddeutsche Spötter könnten vielleicht den wohlfeilen Wig machen, hier kamen nicht die Philister über Simon, sondern Simon über die Philister, aber hiergegen schützt uns glücklicherweise das echt

finsterner und finsterner zusammenzieht, viel unbequemer noch werden, als die ezechische. Die vier Mill. Griechen, die überdies in Böhmen und Mähren nur strichweise unter den Deutschen wohnen, sind vom germanischen Elemente so auf allen Seiten eingekleidet, daß ihr Schicksal bezieht ist. Die vier Mill. Südslawen dagegen sitzen auf einem Fleck und in ganz kompakten Massen in dem südlichen Theil der Steiermark und den anstößenden Bezirken Kärntens, in ganz Krain, Görz, Istrien, Dalmatien, der Bosnawina und dem Banate, in Kroatien, Slawonien und der Militärgrenze. Zum Rückhalte aber haben sie die Rajah der Balkanhalbinsel, — wie denn 1861 der Zarath Reichsrath Eubissa, manch Tag ohne Pulver nach Motenegrz gegen Dmer Pasha spedirte und der kroatische Bischof Stohmayr die Regierung zum Einschreiten zwang, weil er offen für die Aufständischen der Herzegowina kollektirte.

Großbritannien und Irland.

London, 1. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Staatssekretär des Aeußern, Lord Stanley, er könne über luxemburgische Verhandlungen Bestimmtes nicht mittheilen, ebenso wenig habe er über einen Verkauf von dem russischen Amerika an die Vereinigten Staaten etwas erfahren.

— Aus Newyork vom 31. v. M. wird per atlant. Kabel gemeldet: Es ist hier die Nachricht verbreitet, die Vereinigten Staaten hätten das russische Amerika für 7 Millionen Dollars gekauft.

Der Dampfer „City of Paris“ ist eingetroffen. Aus Mexiko wird gemeldet, daß in Vera-Kruz der Belagerungszustand proklamirt ist.

Frankreich.

Paris, 31. März. Heute hört man überall, daß in der Entwicklung der luxemburger Angelegenheit eine „Pause“ eingetreten sei. Man hatte selbst in gewissen Schichten der amtlichen Welt die große Rücksicht, mit welcher das preussische Kabinet den französischen holländischen Unterhandlungen gegenüber zu Werke gegangen, falsch ausgelegt und vergessen, daß Graf Bismarck suaviter in modo, doch fortiter in re zu sein pflegt. — Nun bringt auch der „Moniteur“ einen neuen Beweis für die friedliche Gesinnung der Regierung, indem er das „Pays“ desavouirt, in welchem Granier de Cassagnac und sein Anhang ihrem „Vorurtheil für die natürlichen Grenzen“ Luft machen. — Die „Opinion nationale“ macht in sehr dringenden Worten auf die Gefahren und auf die Widersinnigkeit eines etwaigen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland aufmerksam. „Ein Krieg zwischen diesen beiden Ländern“, sagt sie, würde alle Interessen in Frage stellen und könnte nur auf ein ungeheures und gegenseitiges Unglück hinauslaufen. Man möge doch die Handelsleute von Paris am Vorabend der Eröffnung der Universalausstellung fragen, oder die Manufakturisten von Lyon, Rouen, vom so schwer geprüften Norden, ob sie den Krieg wünschen. Man richte dieselbe Frage an die Kaufleute in Hamburg, Bremen, Lübeck, Frankfurt, in ganz Deutschland. Alle werden antworten, daß der Krieg der Bankrott ist — der Bankrott für sie, der Hunger für die Arbeiter. Weil unsere Nachbarn etwas lärmend ihre Freude zu erkennen geben, und weil diese Freudeausbrüche uns etwas in den Ohren klingen, sollen deshalb von jeder Seite fünfzehnhunderttausend mit Zündnadelgewehr und Revolverkanonen bewaffnete Menschen noch einmal diese Abhänge mit Brauer erfüllen, wo die Rebe des Rheinweines bald zu knospen beginnen wird? Giebt es in Preußen einen einzigen Menschen von gesundem Verstande, welcher daran denkt, die preussische Landwehr auf den Boden dieses Glas zu werfen, welcher sie ganz verzehren würde? Giebt es in Frankreich einen einzigen, wirklich politischen Menschen, welcher wünschen sollte, an Frankreichs Flanken ein deutsches Venetien zu befestigen, welches eine etwaige Ursache zu Krieg und Ungemach sein würde?“

— Der „Moniteur“ theilt das Programm der morgen Nachmittag 2 Uhr stattfindenden Eröffnung der Ausstellung mit. Der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserliche Prinz werden um diese Zeit vor dem großen Eingangsthore des Gebäudes vorfahren und verschiedene, näher bezeichnete Theile des Gebäudes und des Parks mit einem zahlreichen Gefolge zu Fuß durchwandern. Die Abfahrt erfolgt an dem der Militärschule gegenüber gelegenen Portale. Die Ausstellungskommissarien und Mitglieder der Jury der einzelnen Länder werden ihren Majestäten auf der durch den ganzen Maschinenraum sich durchziehenden Plattform, je in den betreffenden Abtheilungen, vorgestellt werden. Eine große Masse von einheimischen und auswärtigen Damen wird in Folge besonderer Einladungen die übrigen Räume, welche der kaiserliche Zug durchschreiten wird und welche für diesen Zweck reservirt sind, ausfüllen, die Herren in Frack und weißer Halsbinde, die Damen in Toilette de ville. Der nicht reservirte Rest des Gebäudes ist den Ausstellern, den Abonementen und den Personen, welche 20 Fr. Eintrittsgeld zu

aristokratisches Aussehen dieser glänzenden Versammlung, das nirgends einen philisterhaften Zug verräth. Obwohl Simon einst unsern Ministerpräsidenten durch den Vergleich mit einem Seltzänger schwer gekränkt hat, war Graf Bismarck der Erste, der Simon zu seiner Wahl Glück wünschte und so feurige Kohlen auf das Haupt seines ehemaligen Gegners sammelte. So falsch kleinen Lebenswichtigenheiten weiß unser Ministerpräsident selbst seinen erbitterten Feinden Bewunderung abzugewinnen. Simon ist ein stattlicher Mann mit dunklen, ausdrucksvollen Augen und kurzem, grauem Haupthaar. Seine vornehme Haltung und geistige Ruhe befähigt ihn ganz besonders zum Präsidenten. Das gelbliche blaße Gesicht verräth den Choleriker, aber mit bewundernswürdiger Macht weiß sich der geistvolle, begabte Mann selbst zu zügeln und sogar in der Aufwallung vornehme Manieren und eine sichere Haltung zu bewahren. Mit fester, sicherer Hand hat er bisher die Debatten geleitet und sich von dem vorübergehenden Groll einzelner Parteien, deren Reue er einzuführen suchte, nicht irre machen lassen. Am Lächerlichsten finde ich die zahllosen, persönlichen Bemerkungen, das ist ein Ausfluß persönlicher Eitelkeit, der Volkstretreien nicht ziemt. Hier gilt es nur, für die Sache zu kämpfen und alle Giebel, die nebenbei fallen, zu ignoriren. Der erste Vicepräsident des Hauses, Herzog von Ujest, ist eine echt aristokratische Erscheinung. Noch jung, lebhaft, nicht ohne Geist und Wit, von feinstem Tournüre, gehört er zu den begabtesten Hochtriebspreussens. Er ist ein Freund der Literatur, der schönen Künste und versteht selbst mit dem Bleistift so trefflich umzugehen, daß er unsern Scholz, dem Karikaturenzeichner des Kladderadatsch, Konkurrenz machen könnte. Im Herrenhause amüsierte sich der Herzog damit, seine Herren Kollegen als Karikaturen abzufotografiren. Rudolph v. Bennigsen, der zweite Vicepräsident, ist ein eingehender Biergier und ein Mann von großen Fähigkeiten und Intelligenz.

Wie bunt durcheinandergewürfelt sitzen die Männer der verschiedenartigen Parteien; Fortschrittsmänner sitzen auf dem rechten Centrum in einer Reihe mit Wagner, v. Blumenthal sitzt auf dem linken Centrum. Wende gehört zu den gemäßigten Rednern, leider auch zu den eigenwilligsten, herrschenden Querköpfen. Schon seine ganze Erscheinung ist charakteristisch. Auf dem kurzen, gedrungenen Körper sitzt so tief im Nacken ein gewaltiger Kopf, daß man einen Hals gar nicht erst gewahrt. Das rothe, von einem grauen Bari

bezahlen geneigt sind, zur Verfügung gestellt. Die Senatoren und die Deputirten werden in einem Spezialzuge von dem St-Lazare-Bahnhofe aus bis direkt an das Ausstellungsgebäude und von da nach Beendigung der Feiertage wieder zurückgeführt werden.

Sitzung des Senats vom 29. März. Bei der Schlussdebatte über das Unterrichtsgezet wurde eine Scene herbeigeführt, die für den Senat so durchaus charakteristisch ist, daß sie aus diesem Grunde ungewöhnliches Aufsehen macht. Der Senat hat nämlich Bericht über Renan's „Leben Jesu“ gehalten. Dieser Zwischenfall wurde von dem bekannten ultramontanen Grafen Segur durch einen Ausfall auf Rouland herbeigeführt, der, als er Unterrichts-Minister war, Renan's Ernennung zum Professor der hebräischen Sprache vollzogen hatte.

Graf Segur d'Aguesseau, der sich gegen die aus der sogenannten Aufklärung ergebende Verdröbenheit und andere moderne Gebrechen in heftiger Weise ausließ, rief Herrn Rouland, dem früheren Unterrichts-Minister, zu: „Sein Stempel hervorgerufen hat, zum Vorwurf machen.“ Sainte-Beuve (der bekannte Akademiker und Kritiker): „Ich protestire gegen diese persönlichen Beleidigungen, die sich von der Frage entfernen und gegen ehrenwerthe Männer gerichtet sind.“

Präsident: Herr St.-Beuve, unterbrechen Sie nicht! St.-Beuve (fortfahrend): Wenn der ehrenwerthe Herr v. Segur auf Herrn Renan hat anspielen wollen, so protestire ich gegen die Anschulldigung eines Mannes von Talent und Ueberzeugung, dessen Freund zu sein, ich die Ehre habe. (Zur Ordnung!)

Präsident: Ich habe in dem, was Herr v. Segur gesagt hat, keine Persönlichkeit wahrgenommen. Er hat von gewissen Doctrinen gesprochen, aber Niemanden genannt. (Zahlreiche Stimmen: Zur Ordnung den Unterbrecher!)

Baron Chapuis Montla ville: Man kann sich einer tiefen Betrübnis nicht entschlagen, wenn man sieht, daß in einer gewissen modernen Literatur, deren Autoren man lobt, die Gesetze der ewigen Ordnung mit Füßen getreten und die Religion, die Grundlage der Gesellschaft, angegriffen wird. Es darf nicht gestattet werden, hier in diesem Saale das Lob der Männer zu verkünden, welche die Brandfackel in die Gesellschaft schleudern und in der großen Menge die Doctrinen des Atheismus und der Irreligion verbreiten. Es ist dies eine soziale Gefahr, gegen welche sich die Kräfte aller rechtschaffenen Leute einigen müssen. Wir protestiren mit aller Energie unserer Ueberzeugung gegen derartige unheilvolle Doctrinen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Unstiltlichkeit ergiebt sich in vollen Fluthen, und an uns ist es vornehmlich, der Regierung die Mittel zur Abhülfe anzugeben. Ich für meinen Theil werde nicht ermangeln, es zu thun; es ist dies Pflicht.

St. Beuve erhebt sich abermals (Auf von allen Seiten: Zur Ordnung.) und sagt mit Nachdruck. Herr v. Segur d'Aguesseau hat von zwei Dingen gesprochen. Es giebt eine Strömung der Unstiltlichkeit und der Unachtbarkeit, welche Niemand vertheidigt, sondern die mit Verachtung zurückgewiesen wird. Allein es giebt auch ehrenwerthe, achtbare philosophische Ansichten, die ich hier im Namen der Gedankenfreiheit vertheidige, und die ich nie, ohne zu protestiren anzugreifen und verleumden lassen werde. (Zur Ordnung!)

La caze: Dazu sind Sie nicht hier! Herr v. Maupas: Sie werden alsdann der Einzige in dem ganzen Senate sein, der solche Doctrinen vertheidigt! Ein Senator: Alle ehrlichen Leute müssen gegen solche Worte protestiren. (Von allen Seiten: Genug!)

Graf Grosfollès-Blaumont: Es ist das erste Mal, daß der Atheismus in diesem Saale einen Vertheidiger findet! Leveurier: Wir verlangen nicht, daß man solche Ansichten angreife, allein sie achten — niemals!

Warschall Canrobert (sich mit Festigkeit an St.-Beuve wendend): Man darf in dieser Versammlung keine Schutzhülle für denjenigen halten, der die Gottheit Christi geläugnet und sich zum erbitterten Gegner der Religion unserer Väter, die noch immer die Religion der sehr großen Mehrzahl der Franzosen ist, aufgeworfen hat! Ich für meinen Theil lasse Jedem die Freiheit von seinem Standpunkte aus das Buch dieses Schriftstellers zu würdigen; allein ich protestire feierlich gegen die Doctrinen, welche darin enthalten sind, und ich bin überzeugt, daß meine Stimme hier bedeutenden Widerhall finden wird. (Sehr gut! rauschender und anhaltender Beifall.)

Herr v. Maupas: Die Gelegenheit ist gut, damit der Senat energisch gegen ein solches Werk und die antireligiösen und unmoralischen Tendenzen, die es vertheidigt, protestire. (Ja wohl!)

Er d. Barrot und andere Senatoren, denen der Zwischenfall zu lange dauert, rufen nach der Tagesordnung. St.-Beuve will noch einmal sprechen, kann aber vor lauter Schreien: Zur Ordnung! nicht mehr zu Worte kommen, und der Präsident stellt ihm auch den Ordnungsruf in Aussicht, da er den Zwischenfall, der die gewohnte Ruhe der Senatssitzungen zu stören drohe, hervorgerufen habe.

Auf vielseitiges Verlangen ward nun die Diskussion wieder aufgenommen das Gesetz seinem Inhalte nach gutgeheßen und seiner Promulgation mit allen Stimmen gegen die des Barons Vincent kein Hindernis entgegengeßelt.

Im Schuldgefängnis zu Clugy wurde wegen der Ermächtigung des Gefängnisdirektors ein großes Bankett veranstaltet. Zugleich wurde beschlossen, eine Deputation von 5 Mitgliedern an den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers zu senden, um ihm im Namen der Schuldgefangenen für ihre Befreiung zu danken. (Ganz mittellos scheinen diese Schuldner noch nicht zu sein.)

Paris, 1. April. Der Kaiser und die Kaiserin sind heute Mittag um 2 Uhr im Ausstellungs-palaste erschienen.

Die Eröffnung der Ausstellung ist soeben nach dem officiellen Programm erfolgt. Die Installations-Arbeiten sind kaum zu zwei Dritteln vollendet.

Italien.

Rom, 26. März. Gestern wurde in der Kirche der Deutschen, dell' Anima, ein Requiem für Peter Cornelius abgehalten, dies auf Veranlassung des alten Königs Ludwig von Bayern, welcher der Funktion persönlich beizuwohnte, wie auch der Prinz Otto v. Bayern,

eingerahmte Gesicht zeigt aber eine große Beweglichkeit. Eine Bank hinter ihm sitzt Gustav Freitag; ein schlanker, blondhaariger, noch immer jugendlich aussehender Mann. Die eingefallenen, rothgefleckten Wangen, die spitze Nase und das langgestreckte Haar würden dem berühmten Dichter das Aussehen eines armen Predigantskandidaten geben, wenn ihn nicht der blonde Schnurr- und dunkelviolette Schnurr- und Er sieht etwas abgespannt und gelangweilt drein und denkt vielleicht schon an seinen nächsten Roman. In nächster Nachbarschaft des Verfassers von „Soll und Haben“ sitzt ein Mann, für den „Soll und Haben“ noch eine ganz andere Bedeutung hat — Baron v. Rothschild. Der ziemlich wohlbeleibte Herr, mit dem tadelloso gepflegten Wadenbart und den sorgfältig von hinten nach vorn gekämmten schwarzen Haar ist weniger ganz „Soll“ als „Haben“. Die Frankfurter hätten sich nicht edler rächen können, als ihren Rothschild in's Norddeutsche Parlament zu schicken. Es giebt dem Vermissten ein gewisses Selbstvertrauen zurück, wenn er nur den Mann sieht, vor dem die Börse zittert, und der so ruhig, so in sich gelehrt dort sitzt, als könne er kein Wasser betreten.

Auch die Linke, die ohnehin im Reichstag sich keiner günstigen Position erfreut, hat ihre Enfant terrible, es ist der Abgeordnete Groote, der wegen seiner im preussischen Abgeordnetenhaus während ausgetretenen: „Nieder mit diesem Ministerium!“ abgesetzte Appellationsgerichtsraith. Er wirft stets schmachtende Blicke nach der Tribüne und gehört doch zu den ungeschicktesten Rednern, bei dessen eintönigen, schlaftrüg hinhinrollenden Worten sich der Reichstagsaal stets bedenklich lichtet. Eines gleichen Schicksals haben sich die Reden Gottbergs zu erfreuen, der überhaupt nur in seiner ganzen Persönlichkeit wie eine blasse, mißrathene Kopie Wagners erscheint.

In den letzten Wochen war es nicht das Parlament, das unser ganzes Interesse in Anspruch nahm, wir hatten noch vielen andern Dingen unsere Aufmerksamkeit zu schenken. Ganz besonders setzte das zu Ehren Sr. Majestät des Königs veranstaltete Turnier die höchsten und vornehmsten Kreise der Residenz in Bewegung. Es war aber auch ein Schauspiel, das durch seine Pracht und Eleganz einen überraschenden Eindruck machte. Wie sicher und anmuthig saßen unsere schönen Damen der Haute-völée zu Pferde und wach kühlne Reiter-

der sich unter dem Namen Graf von Wittelsbach hier aufhält. Auch die preussische Gesandtschaft war anwesend. Fast alle hier lebende Deutsche und viele Fremde wohnten der Feier bei. Cornelius war mehrmals und lange Jahre in Rom, von dem er sich nur mit Widerwillen trennte, um den kurzen Rest seines Lebens in Berlin zuzubringen.

Das großartige Unternehmen, die alte Aqua Marcia nach Rom zu leiten, wird jetzt wirklich in die Hand genommen. Nachdem die ursprünglich dafür etablierte englisch-römische Compagnie die nöthigen Kapitalien nicht aufbringen konnte, hat sie der Direktor der anonymen belgischen Societät, ein Nachkomme Poussins, angeboten. Der Kontrakt ist vor Kurzem gezeichnet worden. In zwei Jahren wird die Wasserleitung strömen; sie wird in einer Länge von mehr als 10 deutschen Meilen, theils in Bogen, theils in kolossalen unterirdischen Metallröhren fortgeführt. Da sie auf Termini münden soll, so werden dadurch die dort projektierten neuen Stadtviertel schnell emporkommen.

Rußland und Polen.

Man schreibt der „Eten. Zig.“ aus St. Petersburg vom 27. März: Aus den innigen Sympathien, welche man in ganz Rußland für die unter türkischer Herrschaft schmachenden Christen hegt, macht man nicht das geringste Hehl, jedoch hat dies Mitgefühl sich bisher nicht anders als in Geldspenden geäußert. Nur einer unserer reichen Mitbürger, selbst ein Kandidat, hat der griechischen Regierung 10,000 Gewehre zur Verfügung gestellt. Mit diesem Geschenke hat aber die Regierung gar nichts zu thun; der zum hiesigen französischen Botschafter in nahen Beziehungen stehende Privatmann, welcher dies Opfer gebracht hat, handelt allein aus eigenem Antriebe. Die Regierung kann und wird einseitig weder zu Gunsten der Slaven noch zu Gunsten der Griechen in der Türkei einschreiten, sie hat dies bei mehreren Gelegenheiten erklärt und noch kürzlich hat sie stets wohl unterrichtete, russische Korrespondenz in ihrer letzten Nummer die Absicht des kaiserlichen Hofes bekannt gegeben. Man muß sich durchaus hüten, den mehr oder weniger individuellen Aeußerungen der russischen Zeitungen, am wenigsten aber dem sich sowohl durch seinen abnormen Preußenhaß, wie durch die große Unwissenheit seiner Redaktion wohl bekannten „Journal de St. Petersburg“ besonderen Glauben beizumessen. Nur in einem Punkte haben die russischen Zeitungen vollkommen Recht: sie erwähnen von Neuem, wie alle Verträge der europäischen Mächte zu Gunsten der Christen bei der hohen Pforte zu keinem Resultate geführt haben, wie die Türken nie im Entferntesten daran gedacht haben, die ihnen abgedungenen Versprechungen zu erfüllen, und wie endlich die Lage der Christen im türkischen Reich augenblicklich eine so verzweifelte ist, daß nur durch ein bewaffnetes Einschreiten der sogenannten Schutzmächte einer furchtbaren Katastrophe vorzubeugen ist. Sind auch die Rumänen, die Serben und zum Theil die Griechen auf das Eintreten einer solchen Katastrophe mehr oder minder vorbereitet, so entbehren auf der andern Seite die Bulgaren, die Bosnier und die in Rumelien und Albanien lebenden Griechen durchaus jeden Schutzes, und müssen daher dem von den Ulema ausgehenden mohamedanischen Fanatismus zum Opfer verfallen. Rußland hat nicht die entfernteste Absicht, sich bei Gelegenheit der Auflösung des türkischen Reiches zu vergrößern. Man kann nicht genug wiederholen, wie diese alte Fabel niemals im Gebirne eines russischen Staatsmanns gewohnt hat. Wer nur einigermaßen Rußland kennt, muß begreifen, daß der Besitz Konstantinopels der Anfang zum Verfall des Reiches sein würde. Der einzige Weg, die orientalische Frage zu lösen, bleibt daher der, diejenigen Staaten herzustellen, welche vor dem Einfall der Türken in Europa bestanden haben und da man die Ungläubigen nicht von der Erde vertilgen kann, auch dem Königreiche Griechenland nicht mit einem Male eine zu große Macht zugeföhren will, so wäre die europäische Türkei auf Rumelien und Albanien zu beschränken. Ob die herzustellenden Reiche im Norden, Bulgarien und Bosnien, sich hertzlicher aus den benachbarten christlichen Staaten wählen oder aus der Mitte ihrer Bewohner, ist reine Nebensache, man müßte den Bulgaren und Bosniern in dieser Hinsicht freie Wahl lassen. Wenn sich gewisse Wiener Blätter über diesen Vorschlag zu einer gewissermaßen friedlichen Lösung der orientalischen Frage förmlich lustig machen, so beweist dies nur, wie den Vertretern derselben jede politische Einsicht völlig fremd ist. Es sind dieselben Blätter, welche kürzlich den Abgeordneten Jacoby als den ersten Staatsmann Preußens proklamirt haben. Sapienti sat.

Vom Reichstage.

(25. Sitzung vom 2. April.)

Eröffnung 10 1/4 Uhr. Die Tribünen sind gefüllt. In der Hofloge Prinz Karl von Preußen. Am Tische der Bundeskommissarien Minister Graf Ikenplig, v. Preußen, v. Moos, v. d. Seydt, Geh. Räte v. Savigny, v. Liebe u. A. Die Bänke des Hauses sind lüdenhaft besetzt.

Das Haus tritt sofort in die Vorberatung des Verfassungsentwurfes Abschnitt VIII., Artikel 45–49 (Post- und Telegraphenwesen ein.)

Artikel 45 lautet: „Das Postwesen und das Telegraphenwesen werden für das gesamte Gebiet des Norddeutschen Bundes als einheitliche Staatsverkehrs-Anstalten eingerichtet und verwaltet. Die im Art. 4. vorgesehene Gesetzgebung des Bundes in Post- und Telegraphenangelegenheiten erstreckt sich nicht auf diejenigen Gegenstände, deren Regelung nach den gegenwärtig in der preussischen Post- und Telegraphenverwaltung maßgebenden Grundsätzen der reglementarischen Festsetzung oder administrativen Anordnung überlassen ist.“

Zu diesem Artikel liegen folgende Amendements vor:
I. Von den Abgg. Dr. Becker, Schulze und Genossen dem Artikel 45 folgende Fassung zu geben: „Das den Bundesstaaten noch zustehende Post- und Telegraphen-Monopol, sowie der Postzwang sind aufgehoben. Die Post- und Telegraphen-Anstalten der Bundesstaaten gehen auf den Bund über. Die Bedingungen für die Benutzung dieser Anstalten seitens des Publikums werden durch Gesetz geregelt.“

II. Von den Abgg. Ergleben und Brande: 1) in Alinea 1 statt „Staatsverkehrs-Anstalten“ zu setzen „Bundesverkehrs-Anstalten“; 2) im Artikel 45 am Schlusse die Worte: „nach den gegenwärtig“ bis „maßgebenden Grundsätzen“ zu streichen und am Ende des Artikels 45 hinter „überlassen ist“ hinzuzufügen: „Wiss zu anderweitiger gesetzlicher Regelung sind in dieser Beziehung die gegenwärtig bei der königlich preussischen Post- und Telegraphen-Verwaltung maßgebenden Grundsätze anzuwenden.“

künste entfalteten die Herren, in deren Reihen sich selbst Prinzen befanden. Dann hatten wir wieder eine Blumenausstellung; nach ehe der Frühling kommt, hält hier gewöhnlich Flora in aller Pracht mit ihren zahlreichen Unterthanen ihren Einzug. Aber auch in ihrem Reiche herrscht die Mode; die Göttin kann es nicht hindern, daß diese Blume als modern gesucht, jene als unmodern verachtet wird. Gegenwärtig hat sich der Geschmack den von der Meisterhand der Natur so wunderbar gestaltet und noch wunderbarer gefärbten großen und kleinen Blattpflanzen in leidenschaftlicher Vorliebe zugewandt. Obenan stehen unter ihnen die aus Brasilien stammenden Calodien, dem mächtigen Geschlecht der Arviden stammverwandte, die in immer neuen Stellungen aus ihrer fernsten Heimat hier sich einbürgern. Zu den schönsten zählt man Calodium formosum, ein großes Blatt vom schönsten Grün mit brennendrothem Ubergelb und Purpurtönen in der Mitte durchzogen; dagegen ist Calodium metallicum vom schönsten blauen Kupferglanz überzogen; das Calodium macrophyllum überaus effektiv durch die scheinbaren Schneeflocken, die auf dem tiefen Grün des breiten Blattes liegen; ihnen allen macht das Calodium mirabile mit seinem wunderbaren Silberglanz den Vorzug freit. Man zählt jetzt schon 36 verschiedene Arten dieser Blattpflanzen, wobei die halb überschneit oder wie mit weißer oder gelber Delfarbe überfärbten in den wunderbarsten Formen sich zeigen. Eine andere Blattpflanze, ein aufstaudender Nebenbuhler des Summi-baumes, ist die Boehmeria argentea und das Cyanifillum; das letztere besonders tief allgemeine Bewunderung hervor. Wir verdanken diese Pflanze dem deutschen Reisenden Giesbrecht, der sie in der Provinz Chiapas in Centralamerika entdeckte u. 1856 zuerst an die Linden'sche Gärtnerei nach Brüssel schickte, von wo aus sie ihre Weiterverbreitung fand; ein kleiner Absenker wurde Anfangs mit 80 bis 100 Franken bezahlt. Ihre Blätter werden bei guter Pflege 16 Zoll lang und zeigen bei verhältnismäßiger Breite eine schöne Ellipsenform. Ihre Farbe ist tiefmalgrün, die untere Seite des Blattes ist rötlich überzogen. Die Boehmeria argentea hat durch ihr vegetabilisches Silber neben dem herrlichen Barbenbunt der Aehren fast noch mehr Reiz; die Nippen theilen hier das Blatt in silberglänzende Felder ein. Von Ende Mai bis Ende September kann man die Pflanze in das freie Land im Garten einpflanzen; als Topfpflanze

Abg. Dr. Becker: Ich und meine Freunde wollen in aller Kürze den Satz an die Spitze setzen, von dem wir glauben, daß von ihm das Post- und Telegraphenwesen künftig werden ausgehen müssen. Wir sind der Ansicht, daß das Monopol auch auf diesem Gebiete aufgehoben muß, daß der Staat nicht länger der exquiriten, privilegierten Fuhrmann bleiben darf. Darum legen wir aber auch den Hauptnachdruck auf das letzte Alinea unseres Amendements. Es soll nicht ausreichend sein zu sagen, wie es in dem Verfassungsentwurf geschrieben ist, daß diese Angelegenheiten theils durch das Gesetz theils durch reglementarische Bestimmungen geregelt werden sollen. Wir Abgeordnete der älteren preussischen Provinzen können uns besser als die der neueren Provinzen ein Bild davon machen, was in der Postverwaltung ein Gesetz und was eine einfache Verordnung erfordert. Um so mehr aber kommen wir zu dem Schluß, diese Dinge der Gesetzgebung zuweisen zu sollen, und wir glauben, daß die Aufhebung der Thurn und Taxis'schen Post und der Uebergang derselben auf die preussische Postverwaltung die naturgemäße Veranlassung giebt, an diese Dinge heranzutreten. Ich stelle Ihnen anheim, meine Herren, ob Sie das erste Alinea annehmen wollen, ich empfehle Ihnen aber dringend die Annahme des letzten Alinea.

Bundeskommissar Graf Ikenplig: In Beziehung auf dies Amendement, das mir schon erst vorgelegt worden ist, muß ich mich im Interesse der Verwaltung, sowohl unseres Landes als auch aller übrigen Bundesstaaten, entschieden dagegen erklären. Es würde durchaus dem Interesse der Gesamtheit nicht entsprechend sein, wenn die Legalität unserer Verordnungen alterirt würde. Je mehr in dieser Beziehung durch Gesetz geregelt wird, desto mehr ist die Verwaltung genötigt, im Interesse des Verkehrs das zu thun, was nothwendig ist. Ich kann Beispiele anführen. Als im vorigen Jahre im preussischen Staat sich die Nothwendigkeit herausstellte, die Telegraphengebühren herunterzusetzen, habe ich sie ohne Weiteres heruntergesetzt; denn ich hatte freie Hand und der gute Erfolg dieser Maßregel hat bewiesen, wie zweckmäßig es war, daß ich freie Hand hatte. In Beziehung auf das Postwesen habe ich entgegengegesetzte Erfahrungen gemacht. Wir wollten einige Verabredungen der Posttage in Preußen einführen, das Abgeordnetenhaus aber fand diese Verabredungen nicht genügend, und der Erfolg davon war, daß das ganze Gesetz nicht zu Stande kam, daß es bei dem höheren Sage blieb. Meine Herren, ich glaube, daß meine während einer Zeit von 5 Jahren gesammelten Erfahrungen ausreichen. Wir können mit dem Porto heruntergehen und wir werden das wahrscheinlich, aber Privatposten und Privattelegraphen zuzulassen scheint mir wenigstens vorläufig unmöglich. Dazu kommt, daß die Wissenschaft der Telegraphie noch lange nicht mit ihren Erfindungen und Verbesserungen zu Ende ist. Der Zeiger-Telegraph war schon eine Verbesserung gegen die früheren Einrichtungen, neue Erfindungen verdrängen den Zeiger-Telegraphen; dann kam der Typenapparat zur Anwendung, mit dem das Vierfache gegen früher geleistet wird. Kaum war dieser im Gange, so kam wieder eine amerikanische Erfindung, die wir jetzt schon auf vielen Stationen eingeführt haben, durch die der Telegraph in demselben Moment z. B. hier und in Paris bereits gedruckte Depeschen von der Maschine herabbringt. Bei einem so enormen Fortschritt ist es unmöglich, die Dinge jetzt schon frei zu geben. Sollen große Verbesserungen des Verkehrs erreicht werden, so muß die Sache aus einer Hand behandelt werden können, es muß daher der betreffende Bundesminister nicht gebunden sein bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten. Ich kann Sie nur dringend bitten das Amendement abzulehnen.

Abg. Schrappe ist auf der Journalistentribüne sehr schwer verständlich. Redner erkennt an, daß das Postwesen im Staate Preußen verwaltet sei wie in keinem anderen Staate, trotzdem könne man sich die Existenz gewisser Uebelstände nicht verhehlen; hierzu gehöre einmal, daß ein einfacher Briefpostofen nicht eingeführt sei, hauptsächlich aber, daß das Briefgeheimniß nicht geschützt werde. Redner führt zum Beweise dessen einzelne Beispiele an, er nennt namentlich einen in Berlin sich aufhaltenden Italiener, der am 4. Oktober einen Brief nach Mailand auf die Post gegeben habe, welcher am 10. Oktober in den Händen der Polizei sich befunden und Anlaß zur polizeilichen Vernehmung des Absenders gegeben habe. — Redner spricht schließlich die Vermuthung aus, daß nur darum das Post- und Telegraphenwesen in die Hände des Bundespräsidiums, der preussischen Regierung, gelegt sei, damit dieselbe politisch ihr nicht zuzugende Bestrebungen auch hier verfolgen könne.

Bundeskommissar Graf Ikenplig: In Beziehung auf die Wahrung des Briefgeheimnisses kann ich die ganz bestimmte Erklärung abgeben, daß dasselbe im preussischen Lande vollkommen respektirt wird und daß Briefe nur dem Staatsanwalte, wenn der requirit hat, oder dem Kriminalgerichte ausgehändigt werden. Das ist meine wohlgegründete Ueberzeugung; was in Mailand geschehen ist, geht das preussische Postwesen durchaus nichts an. Wenn irgend ein solcher Fall in Preußen vorkommen sollte, so würde ich mich dem, der mir darüber Klarheit liefert, zum größten Danke verpflichtet, wissen damit ich sofort und ganz energisch dagegen einschreiten könnte, was ich unfehlbar thun würde. Bis jetzt muß ich das aber entschieden bestritten, sowohl in Bezug auf das Faktum als noch mehr in Bezug auf die Tendenz.

Abg. Ergleben: Da das Bundespräsidium die ganze obere Leitung des Post- und Telegraphenwesens an sich genommen hat und nur die Verwaltung des unteren Dienstes den einzelnen Regierungen überlassen bleibt, so scheint es mir hiernach vollkommen klar, daß das Bundesverkehrs-Anstalten und nicht Staatsverkehrs-Anstalten sind, und ich möchte daher diese Aenderung um so mehr in den Entwurf aufgenommen wissen, als wir ja heute aus dem Munde des Herrn Ministers gehört haben, daß für das Post- und Telegraphenwesen ein Bundesminister existiren soll. Die Regierung konnte sich also wohl mit diesem Antrag einverstanden erklären. — Was den zweiten Theil meines Antrags betrifft, so werden sich durch Annahme desselben viele Schwierigkeiten, die gegenwärtig auf diesem Gebiete herrschen, leicht erledigen lassen. Die verschiedenen Staaten, in denen Preußen jetzt das Postwesen übernimmt, haben bisher ganz verschiedene Tagen gehabt. Die preussische Regierung hat dieselben einseitig fortbestehen lassen, weil sie theilweise niedriger sind, als die preussische Tage. Nun müssen diese Tage doch aber in Uebereinstimmung gebracht werden und bei dieser Gelegenheit wird man leicht feststellen können, was reglementarisch normirt, was der gesetzlichen Bestimmung überlassen werden soll. Damit nun in der Zwischenzeit keine Schwierigkeiten entstehen, ist mein Antrag dahin gerichtet, daß während dieser Zeit, aber auch nicht länger, die preussischen Normen in Anwendung bleiben sollen.

Bundeskommissar Graf Ikenplig: Wenn ich vorhin den Ausdruck Bundesminister gebraucht habe, so habe ich natürlich nur denjenigen Beamten gemeint, der die Funktionen eines Bundesministers zu verwalten hat; einen solchen Beamten wird es doch immer geben müssen. Ob der aber Bundesminister oder sonst wie heißt, ist höchst gleichgültig. Was meine Stellung zu dem Amendement Ergleben betrifft, so scheint mir eine Verbesserung darin nicht zu liegen; in Bezug auf den zweiten Satz ist es nicht zuträglich, Gesetze zu ver-

bedarf sie eines geräumigen Kübels, sonst bleiben ihre Blätter klein. Im Treibhause entwickelt sie sich jedoch am vollendeten. Auch die Farn tauchen als Tricolor und noch viel farbiger in seltener Schönheit auf. Da ist vor allen Pteris tricolor. Fast jeder Wedel des leichtgefiederten Blattes hat seine besondere Färbung; die kommenden sind hochroth und wechseln im Laufe ihrer Entwicklung fast täglich die Farbe: roth, braun, grün, weißgeadert oder im Grundton, scheinen sie das Chamäleon der Blätterwelt zu sein. Die Kultur der Pflanze ist nicht schwierig. Im Jahre 1861 war sie noch sehr theuer, jetzt wird sie zu Tausenden gezogen. Das blüthenlose Blatt wird durch die Farbenmetamorphose zur Quelle unerhöplicher Beobachtung, wie denn überhaupt der Reiz der Farn in ihren charakteristischen Formen liegt. Die Solanumarten gehören gleichfalls zu den schönsten Gruppen-Blattpflanzen sowohl des freien Landes, als auch in Töpfen und Gewächshäusern. Sie wechseln in Form und Farbe auf das mannigfaltigste ab und erregen bei der zur Mode gewordenen Liebhaberei immer mehr die Aufmerksamkeit der Blattpflanzenzüchter. Die Blumengärtnerei hat überhaupt in Berlin einen großartigen Aufschwung genommen; so werden hier unter anderen jetzt jährlich mehr als vier Mill. Hyazinthen gezogen und einzelne Privatgärten unserer Millionäre, wie der Borfigsche, gehören zu den Sehenswürdigkeiten der Residenz. Das dortige Blumenhaus ist ein einziger mächtiger Blumengarten, der uns mitten im Winter alle Herrlichkeiten des Frühlings vor das Auge zaubert und die ganzen Anlagen entfallen einen wahrhaft färschlichen Luxus.

Mit dem kommenden Frühling scheiden unsere Sänger und nun trauern unsere Opernfreunde in Sad und Asche. Was ist bereits hinweggeflattert, auch Niemann sagt uns Lebewohl und die kleine Luca singt uns ebenfalls ihr Abschiedslied. Unsere Blumenkeller werden an solchen Abschiedsabend gründlich geplündert und das Drängen nach Billets nimmt bei solchen letzten Vorstellungen einen wahrhaft lebensgefährlichen Charakter an. Die Sendboten der Billethändler stehen schon von Abends 10 Uhr bis am andern Morgen im Gange des Opernhauses, um zuerst ein Billet zu erobern und der Eifer, sich an die Kasse zu drängen, artet oft in blutige Schlägereien aus. Wir Deutschen haben noch nicht weiß, wie die höflichen Franzosen chaine zu machen und ruhig

sprechen. Wenn ein Bundesgesetz erlassen werden soll, so kann das ja immer geschehen, aber das, denke ich, hat uns unsere konstitutionelle Erfahrung bewiesen, daß die Verordnungen künftiger Gesetze in der Regel nicht von großem Erfolge gewesen sind. War das Gesetz nöthig, so wurde es ohnehin erlassen; war aber ein wirklicher Bedürfnis nicht vorhanden, so ist ungeachtet jener Verordnungen kein zu Stande gekommen. Ich würde also vorschlagen, den zweiten Satz des Amendements Ergleben zu verwerfen.

Abg. Schrappe bemerkt persönlich gegen die Auslassungen des Bundeskommissars, daß der betreffende Polizeibeamte auf die Frage des Interessenten, wie die Polizei in den Besitz des bezüglichen Briefes gekommen sei, die Antwort verweigert habe, und daß seiner Ansicht nach daraus hervorgehe, daß der betreffende Polizeibeamte durch sein Schweigen die Verletzung des Briefgeheimnisses seitens preussischer Behörden selbst zugegeben habe. (Oh! Oh!)

Man schreitet zur Abstimmung. Das Amendement Becker wird abgelehnt (dafür nur die Linke und die Abgg. v. Carlowitz und v. Bodum-Dolfs); das Amendement Ergleben wird gleichfalls abgelehnt, angenommen mit großer Majorität der Artikel 45. des Verfassungsentwurfs.

Ohne Diskussion wird der Art. 46. genehmigt: „Die Einnahmen des Post- und Telegraphenwesens sind für den ganzen Bund gemeinschaftlich. Die Ausgaben werden aus den gemeinschaftlichen Einnahmen bestritten. Die Ueberschüsse fließen in die Bundeskasse“, — nachdem ein Amendement der Abgg. Ergleben und Brande hinter „die Ausgaben werden“ eingefügt: „nach vorgängiger Bewilligung durch den Reichstag“ abgelehnt worden ist.

Art. 47. lautet: Dem Bundespräsidium gehört die obere Leitung der Post- und Telegraphen-Verwaltung an. Dasselbe hat die Pflicht und das Recht, das für so sorgen, daß die Einheit der Organisation der Verwaltung und im Betriebe des Dienstes, sowie in der Qualifikation der Beamten hergestellt und erhalten wird. Das Präsidium hat für den Erlaß der reglementarischen Bestimmungen und allgemeinen administrativen Anordnungen, sowie für die ausschließliche Wahrnehmung der Beziehungen zu anderen deutschen oder außerdeutschen Post- und Telegraphen-Verwaltungen Sorge zu tragen. Sämtliche Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung sind verpflichtet, den Anordnungen des Bundespräsidiums Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Dienst aufzunehmen. Die Anstellung der bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie in den verschiedenen Bezirken erforderlichen oberen Beamten (z. B. der Direktoren, Räte, Ober-Inspektoren), ferner die Anstellung der zur Wahrnehmung des Aufsichtes u. s. w. Dienstes in den einzelnen Bezirken als Organe der erwähnten Behörden fungirenden Post- und Telegraphenbeamten (z. B. Inspektoren, Kontrolleure), geht für das ganze Gebiet des Norddeutschen Bundes von dem Präsidium aus, welchem diese Beamten den Dienst leisten. Den einzelnen Bundes-Regierungen wird von den in Rede stehenden Ernennungen, soweit dieselben ihre Gebiete betreffen, bejuss der landesherrlichen Bestätigung und Publikation rechtzeitig Mittheilung gemacht werden. Die anderen bei den Verwaltungsbehörden der Post und Telegraphie erforderlichen Beamten, sowie alle für den lokalen und technischen Betrieb bestimmten, mithin bei den eigentlichen Betriebsstellen fungirenden Beamten u. s. w. werden von den betreffenden Landesregierungen angestellt. Wo eine selbstständige Landespost, beziehungsweise Telegraphenverwaltung nicht besteht, entscheiden die Bestimmungen der besonderen Verträge.

Zu diesem Art. 47. beantragen die Abgg. Ergleben und Brande am Schlusse des zweiten Absatzes hinter „Sorge zu tragen“ einzufügen: „in Betreff der mit denselben abzuschließenden Verträge vergl. jedoch Artikel 11.“

Bundeskommissar Graf Ikenplig: Bei dem Artikel 11 ist seiner Zeit das Amendement Lette zur Annahme gekommen, wonach Verträge mit auswärtigen Staaten dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden sollen. Sollte hier nun das Amendement Ergleben angenommen werden, so würde auch auf diesem Gebiete dieselbe Beschränkung obwalten. Das ist aber mit Bezug auf Post- und Telegraphenverträge ganz und gar unausführbar; denn diese sind meistens der Art, daß sie sofort zur Ausführung gelangen müssen. Müßte man in solchen Fällen immer erst auf die Genehmigung des Landtages warten, so würden daraus verschiedene Mißstände für den Verkehr entstehen. Dem preussischen Landtage werden derartige Verträge erst zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt, ausgenommen, wenn Geldbewilligungen nöthig sind.

Nachdem der Abg. Dr. Lette erklärt hat, daß auch nach seinem Antrage nur eine nachträgliche Genehmigung des Reichstages in Aussicht genommen sei und ebenso der Abg. Ergleben, daß ein Gleiches von ihm gemeint sei, wird die Diskussion geschlossen.

Es wird darauf das Amendement Ergleben abgelehnt, Artikel 47 des Entwurfs angenommen.

Art. 48 lautet: Zur Beseitigung der Zersplitterung des Post- und Telegraphenwesens in den Hansestädten wird die Verwaltung und der Betrieb der verschiedenen dort befindlichen staatlichen Post- und Telegraphen-Anstalten nach näherer Anordnung des Bundespräsidiums, welches den Senat Gelegenheit zur Aeußerung ihrer hierauf bezüglichen Wünsche geben wird, vereinigt. Hinsichtlich der dort befindlichen deutschen Anstalten ist diese Vereinigung sofort auszuführen. Mit den außerdeutschen Regierungen, welche in den Hansestädten noch Postrechte besitzen oder ausüben, werden die zu dem vorstehenden Zweck nöthigen Vereinbarungen getroffen werden.

Dieser Artikel wird ohne Debatte angenommen, desgleichen Art. 49, der von den Post-Ueberschüssen und ihrer Verwendung handelt.

Es folgt die Generaldiskussion über die Abschnitte IX und X.

Dieselben lauten: „IX. Marine und Schifffahrt. Art. 50. Die Kriegsmarine der Nord- und Ostsee ist eine einheitliche unter preussischem Oberbefehl. Die Organisation und Aufeinanderstellung derselben liegt Sr. Majestät dem Könige von Preußen ob, welcher die Offiziere und Beamten der Marine ernannt und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eidlich in Pflicht zu nehmen sind.“

Der Kieler Hafen und der Jade-Hafen sind Bundeskriegshäfen.

Als Maßstab der Beiträge zur Gründung und Erhaltung der Kriegsflotte und der damit zusammenhängenden Anstalten dient die Bevölkerung.

Ein Etat für die Bundesmarine wird nach diesem Grundsatze mit dem Reichstage vereinbart.

Die gesammte seemannische Bevölkerung des Bundes, einschließlich des Maschinen-Personals und der Schiffs-Handwerker ist vom Dienste im Landheere befreit, dagegen zum Dienste in der Bundesmarine verpflichtet.

Die Vertheilung des Ersatzbedarfes findet nach Maßgabe der vorhandenen seemannischen Bevölkerung statt und die hiernach von jedem Staate gestellte Quote kommt auf die Bestellung zum Landheere in Abrechnung.

Art. 51. Die Kauffahrtschiffe aller Bundesstaaten bilden eine einheitliche Handelsmarine.

abzumarten, bis an uns die Reihe kommt. In Paris können selbst Kinder zur Theaterkasse geschickt werden, hier würde man sie schonungslos erdrücken. Auch die Vieblinge des Wallner Theaters verlassen uns in den nächsten Tagen, dafür beginnt ein Gastspiel Hr. Haage's, das uns reiche Genüsse verspricht. Die Wallnersche Bühne ist eine Spezialität von Berlin und das neue Theatergebäude gereicht durch seine glänzende Ausstattung der Residenz zur Zierde; dazu kommt, daß die Wallnerschen Schauspieler sich mit den Aufzählern auf dem vertheilten Fuß zu setzen wissen und das hat immer seinen Reiz. Helmerding, Neufsch und Hr. Schramm, bilden ein Kleblatt, das nicht eher ruht, als bis es unsere Rachmuskeln ordentlich in Bewegung gesetzt. Besonders gehört Helmerding's „gebildeter Hausnecht“ zu den originellsten Leistungen des beliebten Komikers. Diese ungeschickte Dummfelleigkeit und harmlose Jugenddesel des alten Knaben ist zu ergötzlich, und wenn er klagt: „Sieb mir meine Zugen wieder“, kann sich wohl der Griesgrämigste des Lachens nicht erwehren. Als ich dort war, wurde der „gebildete Hausnecht“ zum 230. Male gegeben; bis zu diesem Gipfel der Wiederholungen hat es hier, meines Wissens, noch kein anderes Stüd gebracht.

Die Wallnerschen Schauspieler haben jenen glücklichen Uebermuth, jene fortwährende Frische und Keckheit, daß uns dort selbst diejenigen Boffen belustigen, die uns auf anderen Bühnen unerträglich sein würden. Nur bei Wallner's find alle diese kleinen Stüde heimathberichtigt, in der ganzen übrigen Welt irren sie, wie vater- und mütterliche Wäfen herum, die nach den Brettern der Wallnertheatertruppe jammernd die Hände ausstrecken.

Das gesellschaftliche Leben Berlins nimmt noch einmal einen helleren Anstrich, ein glänzendes Fest reißt sich an das andere und unsere Reichstagsboten fühlen sich dabei so wohl wie die Fische im Wasser, das Götische Wort beherzigend: Tagesarbeit, Abends Gaste. Der französische Gesandte ist glücklich zurückgekehrt und will ebenfalls einige prächtige Feste geben, um die Freundschaft Frankreichs und Preußens, trotz der dunklen Luxemburger Frage, hell leuchten zu lassen. Sogar der launenhafte Frühling scheint endlich bei uns seinen Einzug zu halten und jedes Herz hofft! —

Ludwig Sabigt.

Bei der Abstimmung wird Nr. 1 mit dem Amendement Schleiden, Nr. 2 in der Fassung des Entwurfs, Nr. 3 mit dem Amendement Vinde angenommen; Nr. 4 nach Ablehnung des Amendements Bries auch in der Fassung des Entwurfs abgelehnt, also ganz geirrt, Nr. 5 und 6 angenommen. Der so veränderte Artikel 50 wird dann im Ganzen angenommen.

Abg. Dunder (Berlin): Mit Freude hat mich die Erklärung des Herrn Bundeskommissars erfüllt, daß die Kriegs- und die Handelsflagge dieselben Farben haben werden. Aber mit Bedauern hat mich die Wahl dieser Farben erfüllt (Unruhe rechts), mit Bedauern die Tatsache, daß Schwarz-Roth-Gold nicht die Farben des Norddeutschen Bundes sein werden. (Heftige Unruhe rechts. Eine Stimme: das ist ein überwindener Standpunkt!) Das wird sich zeigen, ob das ein überwindener Standpunkt ist. Ich will mich hier nicht auf herablassende Unterstellungen und auf die Bedenken einlassen, welche der preussische Ministerpräsident gegen die alten deutschen Farben als Symbole des deutschen Reiches schon im vorigen Jahre geäußert hat. Ich weiß nur, daß seit den Freiheitskriegen Schwarz-Roth-Gold die Farben des deutschen Vaterlandes seiner Einheit und Freiheit sind. (Beifall links.) Und ich beklage, daß die Regierungen, die mit ihrem Verfassungswort an Frankfurt und Erfurt anzuknüpfen versichern, jetzt diese Farben aufgeben, die Fürst Bismarck in Frankfurt als die Farben des Reiches anerkannt beantragte, die als solche durch ein Reichsgesetz anerkannt sind, das in Preußen verfaßt und bis zu diesem Augenblicke nicht aufgehoben ist. (Hört! Hört!) Die Farben, die Friedrich Wilhelm IV. die „ehrwürdigen Farben des deutschen Reiches“ genannt hat. Die Gründe dafür kann ich mir denken: es ist zuerst die Abneigung einer Partei, die uns vertritt, daß sie mit so manchem Vorurteil behaftet ist und daher wohl auch mit diesem brechen könnte; es ist ferner die Erinnerung daran, daß der alte Bund jene Farben angenommen hat und daß im vorigen Jahre deutsche Truppen unter ihrem Zeichen gegen die unsrigen gekämpft haben. (Nichts! Ja wohl!)

Aber der Verfassungsentwurf hat sich an anderen Stellen nicht gekehrt, die Erbschaft des Bundes angerechnet, so z. B. in der Verteilung der Stimmen im Bundesrat. Und das Argument aus dem letzten Kriege beweist gerade das Gegenteil, nachdem die deutschen Truppen, die gegen uns gekämpft haben, z. B. die Sachsen, in die veränderte und glücklichere Lage versetzt worden sind, jetzt neben ihren preussischen Brüdern unter Preußens Führung zu kämpfen. In der Zusammenstellung der preussisch-hanseatischen Farben liegt ein Unrecht gegen die dadurch ausgeschlossenen übrigen Deutschen, für welche die Bundesmarine eine gemeinsame Einrichtung ist, und die aus allen Gauen, wie ich hoffe, Männer und Jünglinge zu ihrer Benennung liefern wird. Aber obwohl ich und meine Freunde durch die Bestimmung des Verfassungsentwurfs sehr beunruhigt sind, so stehen wir gleichwohl davon ab, einen besonderen Antrag zu stellen. Denn ich möchte mich der Gefahr, um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, nicht aussetzen, daß in diesem hohen Hause die deutschen Farben abgelehnt werden. Aber für sie zeugte abzugeben, war mir eine heilige Pflicht, wie ich auch überzeugt bin, daß die Zeit für einen Antrag kommen wird, wenn Süddeutschland in unseren Bund eingetreten ist. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Fürst Vignowski: Redner, haben sich nur Symbole. Aber im Namen meines verstorbenen Bruders muß ich sagen: was Schwarz-Roth-Gold damals (bis 1848) war, das ist es heute nicht mehr. Und ich kann in seinem Namen versichern, daß er den Antrag, den er damals stellte, heute nicht mehr stellen würde. (Unruhe.)

Präsident Simon: Es ist natürlich, daß der Herr Abg. bei dieser Gelegenheit seinen Bruder vertritt, und ich meine, daß das hohe Haus darauf Rücksicht nehmen wird.

Die Diskussion wird geschlossen und der Art. 52 mit den Amendements v. Vinde und v. Habenau angenommen.

Damit ist die heutige Tages-Ordnung erschöpft und Präsident Simon schlägt vor, die nächste Sitzung am morgen (Mittwoch) 10 Uhr anzuberaumen und zwar auf die Tages-Ordnung zu legen die Generaldiskussion über Abschnitt XI. des Verfassungsentwurfs (Bundesverfassung).

Abg. v. Bennigsen: Nachdem unsere Arbeiten in den letzten Tagen erfreuliche Fortschritte gemacht, stehen wir jetzt vor dem wichtigsten Abschnitt des Verfassungsentwurfs, ohne daß die Fraktionen Zeit gehabt haben sich in sich selbst über ihn schlüssig zu machen und sich unter einander zu verständigen. Es wäre nicht im Interesse der Beschleunigung, wenn man ihnen nicht die Zeit zu dieser Verständigung ließe und ich gebe daher dem Herrn Präsidenten zu erwidern, ob es nicht besser wäre, die nächste Sitzung erst auf Donnerstag anzusetzen.

Abg. v. Vinde (Sagen) tritt dem Vorschlage des Präsidenten bei und erinnert den Vortrager an seine eigene Warnung zur Beschleunigung der Arbeiten des Hauses, die er mit der Begründung seiner geistigen Interpellation verknüpfte. Da die Sitzung heute früher als sonst schließe, so hätten die Fraktionen zur Verständigung genügend Zeit.

Abg. Lasker: Wenn das Bedürfnis der Verständigung in einer wichtigen Frage gar nicht vorhanden wäre, so müßte doch schon der einfache menschliche Grund einen Ruhetag gebieten, daß wir wochenlang tägliche 5-6stündige Sitzungen und Abends noch Beratungen in den engeren Fraktionskreisen haben und daß eine so geistige Anstrengung der Gesundheit der Mitglieder nicht zuträglich sein kann. Aber wenn man auch von diesem persönlichen Interesse absieht, so bleibt doch für die Vertagung bis Donnerstag der gebietende Grund, daß wir uns auf die bevorstehende Beratung vorbereiten müssen. Vielleicht glaubt man durch ein solches Mittel unsere Verfassungsarbeit zu fördern; und das soll Patriotismus sein? Ich weise das in formellster Weise zurück.

Abg. v. Vinde: Ich habe von Patriotismus gar nicht gesprochen, und ob wir morgen oder übermorgen Sitzung haben, das hat mit dem Patriotismus nichts zu thun. Was die Rücksicht auf die Gesundheit betrifft, so hoffe ich, daß die des Herrn Abgeordneten für Berlin es vertragen wird, wenn morgen die nächste Sitzung ist; wenigstens hat sie bis jetzt nicht gelitten, wie wir uns täglich überzeugen. (Auf links: zur Sache!) Was wollen Sie? Ich bin bei der Sache, ich spreche von der Gesundheit, von der der Herr Abgeordnete für Berlin sprach, und wenn ich nicht bei der Sache bin, so war er es auch nicht.

Präsident Simon macht darauf aufmerksam, daß der Kriegsminister v. Moos, dessen Abwesenheit bei der Beratung des XI. Abschnitts das Haus doch gewiß wünsche, ihm so eben mitgeteilt, daß er am Donnerstag dienlich verhindert sei, im Hause zu erscheinen.

Abg. Dunder schlägt mit Rücksicht darauf vor, die nächste Sitzung auf Freitag anzusetzen. Ein Aufschub zum Zwecke der Vorbereitung und Verständigung sei unerlässlich. Noch seien nicht einmal die bezüglichen Amendements gedruckt.

Abg. Wiedemann schlägt vor die Generaldiskussion auf morgen (Mittwoch) anzusetzen, dann einen Ruhetag zu machen und am Freitag wiederum im Gegenwärtigen des Kriegsministers in die Spezialdiskussion einzutreten, mit welchem Vorschlage allen Einwendungen bis zu einem gewissen Grade Rechnung getragen sei.

Das Haus entscheidet sich mit großer Majorität dagegen, daß die nächste Sitzung erst Donnerstag oder Freitag stattfinden soll und dafür, daß sie auf morgen angesetzt wird und zwar mit der Tagesordnung, die der Präsident zuvor proponiert hatte.

Schluß 1½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 3. April.

Die Montagnummer des „Dziennik pozna.“ ist wegen eines Zeitartikels mit der Überschrift „Unsere Eigentümlichkeiten“ konfisciert worden.

Die Berufung des Propstes Wartenberg als Lehrer der Philosophie an das hiesige geistliche Seminar ist, wie wir hören, zurückgenommen.

[Gerichtliches.] Am gestrigen Tage erschienen vor der Kriminalabteilung des hiesigen Kreisgerichtes fünf Personen auf der Anklagebank unter der Anschuldigung der vorsätzlichen Körperverletzung, resp. Beihilfe an einer Schlägerei, bei welcher ein Mensch das Leben verloren hat. Die Angeklagten waren die Knechte Johann Nowak und Michael Nowicki aus Zarnowo, Joseph Perz aus Woskoto, der Arbeiter Thomas Perz und der Dienstknecht Valentin Marcinia aus Zarnowo. Am 8. Juli v. J. befand sich nach 11 Uhr Uhr Nachts der Nachtwächter Matias Wozniak zu Zarnowo auf seinem Posten in der Dorfstraße, als die Angeklagten, deren Entfernung aus der Dorfstraße er kurz vorher durch sein Einschreiten veranlaßt hatte, auf ihn zukamen und die Absicht zeigten, mit ihm Streit anzufangen. Zuerst trat der Knecht Joseph Perz an ihn heran und, ohne daß irgend eine Veranlassung gewesen wäre, fuhr

er ihm, mit den Worten „unser Wächterchen“, mit der Hand über das Gesicht, Wozniak blieb jedoch ruhig, hieß ihn nur seiner Wege gehen und versuchte mit seinem Wächterpeise ihn leise von sich abzuwehren. Dies war aber Del in das Feuer gegossen; sofort faßten ihn die beiden Perz von beiden Seiten und warfen ihn auf die Erde nieder, indem sie zugleich die Worte ausstießen: „Du alter Mann willst uns mit der Hellebarde mißhandeln!“ Thomas Perz rief ihm nun zunächst seinen Speiß und seine Peise weg, und alle Angeklagten — mit Ausnahme des Marcinia, welcher inzwischen den Wächterbund des Wozniak abwehrte, — fielen sodann vereint über den wehrlos daliegenden Wozniak her und mißhandelten ihn auf das Gröblichste; namentlich schlugen ihn die beiden Perz zu wiederholten Malen mit beiden geballten Fäusten auf den Kopf und in den Rücken während Nowak mit beiden Händen ihm auf dem Bauche umhertrat und Nowicki ihn von hinten mit dem Fuß in den Unterleib stieß. Den größten Theil dieses Kampfes haben zwei Zeugen, Anton Polodny und Martin Wozniak, aus solcher Nähe mit angesehen, daß sie trotz der herrschenden Finsternis die einzelnen Personen erkennen, haben aber nichts Geringeres zu thun gehabt, als sich aus dem Staube zu machen! — Nachdem die Angeklagten ihr Opfer genügend gemißhandelt hatten und Wozniak bereits halb ohnmächtig geworden war, schleppten sie ihn gemeinsam zu dem Schulzen hin und erklärten diesem, daß sie den Wozniak betrunken auf der Erde liegend gefunden hätten. Der Schulze überzeugte sich indeß davon, daß W. vollständig nüchtern war, wies deshalb die Angeklagten zurecht, nahm ihnen erst den Speiß und die Peise ab, schickte sie sodann fort und begleitete endlich selber den W. zurück in das Dorf. Schon hierbei flagte Wozniak dem Schulzen gegenüber über heftige Schmerzen in dem Unterleibe, an andern Tagen mußte er sich zu Bette legen, indem sich bei ihm eine Bauchfellentzündung entwickelte und diese mit der Zeit in Eiterung überging, und nach einem äußerst schmerzhaften Krankenlager verstarb er am 20. August v. J. hier in dem Kloster der barmherzigen Schwestern; nach dem ärztlichen Gutachten stand der Tod des W. in direkter Verbindung mit den erlittenen Mißhandlungen, namentlich den Stößen und Tritten gegen den Unterleib. — Als Motiv zu der That hat den Angeklagten nach der Anklage ein wenige Stunden vorher in der Schenke zwischen ihnen und dem W. stattgehabter Wortwechsel, sowie der Umstand gedient, daß etwa 3 Wochen vorher W. den Nowak wegen Erregung ruhestörender Lärmens dem Schulzen angezeigt hatte.

Die Angeklagten leugneten theilweise, daß sie zuerst vom Wozniak angegriffen worden seien, verweigerten sich aber in den Einzelheiten in vielfache Widersprüche; das Resultat der Vernehmung war jedoch insoweit zu ihren Gunsten, als der Gerichtshof für nicht erwiesen annahm, daß der Tod des W. eine Folge der erhaltenen Verletzungen gewesen sei, und sie nur wegen vorsätzlicher Körperverletzung verurtheilte, und zwar Nowak und Nowicki zu je 6 Wochen Gefängnis, die beiden Perz zu je 4 Wochen Gefängnis, Marcinia wurde freigesprochen.

Ein Beweis von der Noth und Bosheit einzelner Verbrecher-Kategorien lieferte eine andere Anklage, welche an demselben Tage gegen den Arbeiter Joseph S. a. r. o. z. n. y. aus Wobelen bei Samter verhandelt wurde. Der Angeklagte war vom Januar d. J. ab durch mehrere Wochen ohne Arbeit, Wohnung und Unterhalt im Lande umhergezogen und hatte am 14. Februar in dem Dorfe Winiary mit einem anderen Landstreicher Kujawa zusammen geteilt. Hier sprach er unter Anderen auch die Wirtschaftstochter Magdalena Plauum um ein Almosen an und als ihm das verweigert wurde, brach er in Verwünschungen gegen das ganze Dorf aus, schwur, dasselbe total niederbrennen zu wollen und erwiderte: „Man muß es hier so machen, wie in Jericho; wenn sie auch einen ruhigen Tag haben, soll die Nacht nicht ruhig sein. Sollte ich auch lebenslanglich nach Rawicz kommen, so muß ich sie abbrennen!“ — Glücklicherweise wurde ihm jede Möglichkeit, seine Drohung auszuführen, durch seine baldige Verhaftung entzogen, und gegenwärtig hat ihn der Gerichtshof wegen Drohung mit Brandstiftung, sowie wegen Landstreichens im Rückfalle zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt, wodurch er wohl von der Wiederholung ähnlicher Drohungen gehindert werden wird.

Das Wandelsche Grundstück St. Martin 61 ist für den von uns angegebenen Kaufpreis von 8500 Thaler in der vergangenen Woche verkauft worden, jedoch nicht, wie uns damals mitgeteilt wurde, an Herrn v. Tempelhof-Dabrowka, sondern an den Herrn Grafen Plater, Stamenträger des Tellusvereins. Das neu acquirirte Grundstück gränzt an das an der Berliner Straße belegene Grundstück des Tellusvereins, auf dem sich die Kasernenbureau des Vereins befindet.

Die geführte Notiz über die Anlegung der Wasserleitung im Grundstück des Herrn Kommerzienraths Bielefeld haben wir dahin zu ergänzen resp. zu berichtigen, daß nur das abfließende Wasser aus dem Hause, so wie das Wasser der Dadrinnen und eines anzulegenden Springbrunnens durch einen Kanal in den Warthegraben befördert wird.

Herr W. o. n. h. a. u. p. t. hat sich durch die Vortrefflichkeit seiner Leistungen die Gunst des Publikums in so hohem Grade erworben, daß sowohl Sonntag, als — trotz des ungünstigen Wetters — auch gestern wieder das Haus bis auf den letzten Platz besetzt war.

Herr W. o. n. h. a. u. p. t. führte in beiden Vorstellungen größtentheils neue und höchst überraschende Kunststücke aus, die sich, sowie seine optischen Darstellungen, des allgemeinen Beifalls erfreuten; auch das Programm für die morgende Vorstellung stellt größtentheils wieder neue Sachen in Aussicht.

S. Bentschen, 1. April. Den Geburtstag des Herrn Ministerpräsidenten festlich zu begehen, fand auf Anregung des Herrn Grafen zu Lippe ein Dinner in Briz Hotel statt, an dem die Notabilitäten der Stadt und Umgegend theilhaft waren. Es wurde Sr. Excellenz ein Glückwunsch-Telegramm übersendet, welches zugleich die Gefühle der Dankbarkeit und Ergebenheit bekundete, die hier wie überall im Vaterlande dem großen Staatsmanne gezollt werden. Sinnige, der Feier des Tages angemessene Toaste erhöhten die frohe Stimmung der Gesellschaft.

Vom 1. April. Bei der letzten Vertheilung von Orden für Verdienste um die Krankenpflege im vorjährigen Kriege ist unser Kreis-Chirurgus, Herr v. Zagrodski mit dem Rothen Adlerorden IV. Klasse und dessen Gemahlin mit dem Louisenorden bedacht worden, was nicht nur in unserer Stadt, sondern im ganzen Kreise die freundlichste Theilnahme erweckt hat. Herr v. Zagrodski hatte persönlich Veranlassung gegeben, daß ein Lazareth für Verwundete hier eingerichtet wurde, und hat sich deren Behandlung mit Aufopferung aller seiner Kräfte gewidmet; bei der Pflege der Verwundeten hat ihm seine Gattin im Vereine mit anderen Damen der Stadt hülfreich zur Seite gestanden.

□ Bissa, 1. April. [Auszeichnungen; patriotische Gaben; Abiturientenprüfung; Fahnenbänder.] Die einzige Auszeichnung, die bei den jüngsten großen Ordensverleihungen für hervorragende Verdienste um die Pflege und Unterstützung der kranken und verwundeten Krieger hieher gelangte, traf einen Israeliten, und zwar den hiesigen Kaufmann Joseph Abraham Wolff. Eine ungleich seltener persönliche Auszeichnung unmittelbar aus dem Kabinete Sr. Majestät selbst ward jedoch zur größten Ueberraschung der hiesigen Einwohnerschaft dem jüngeren Bruder des genannten Dekorirten, dem Kaufmann und Weingroßhändler Rudolph Wolff, gegenwärtigem Inhaber der Handlung: A. L. Wolff Söhne, gestiftet zu Theil. Der König ließ ihm nämlich durch den Chef des Civilkabinetts, Geheimrath Vord, Seine im vorigen Jahre von Walher gefertigte Wüste aus Bronze als „Andenken“ überreichen; der auf diese Weise so besonders ausgezeichnete hatte bei verschiedenen Anlässen durch reiche Spenden an Militärmanuskripten sich besonders hervorgethan und vor allem die Anerkennung und Werthschätzung des kommandirenden Generals Herrn von Stein meß Excellenz gewonnen. Auch bei der jüngsten Feier des 70. Geburtstages Sr. Maj. des Königs hat er den sammtlichen Mannschaften der hiesigen Garnison eine Bowle bereiten lassen, was selbstverständlich in allen höheren militärischen Kreisen sehr anerkennend und beifällig aufgenommen wurde.

Am vergangenen Freitag wurde unter Vorsteh des königl. Geheimen Regierungs- und Schulrath Dr. Neuring am hiesigen Gymnasium die Abiturienten-Prüfung mit fünf Schülern der Anstalt vorgenommen, die fämnlich für reif zum Uebertritt in die akademische Laufbahn erklärt wurden.

Unter besonderer feierlicher und militärischer Feier wurden dem hiesigen (1.) Bataillon 37. Infanterie-Regiments, so wie dem 3. Bataillon Garde-Landwehr-Regiments die Dekorationen für ihre resp. Fahnen als Auszeichnung für die im vorjährigen Kriege bewiesene Tapferkeit dieser Truppentheile verliehen. Die Musik des 37. Inf.-Regiments wurde zur Erhöhung der Feier hieher beordert.

o Dbrzycko, 31. März. [Bräden- und Chausseebau.] Daß unsere Stadt, welche in früherer Zeit eines blühenden Wohlstandes sich erfreute, nur durch eine Verheerungsverbindung, wie sie den anderen Städten unseres Kreises gewährt ist, ihrem Ruine entgehen kann, unterliegt wohl keinem Zweifel, und wir dürfen nur auf unsere jüngste Fährgelegenheit, deren Kalamität bereits nothdürftig beseitigt ist, hinweisen, um anderenfalls den Untergang unserer ge-

werblichen Existenz vollständig klar zu legen. Um so erfreulicher ist es für mich, Ihnen heute ein Faktum mittheilen zu können, durch welches nicht allein die Interessen unserer Stadt und unseres Kreises, sondern auch die der angrenzenden Kreise vortheilhaft berührt werden. Es ist dies nämlich der Brädenbau bei Dbrzycko über die Warthe. Die Vermittlung dieses Projektes steht in naher Aussicht. Das Verdienst, diesen Plan angeregt zu haben, gebührt jedenfalls dem Kaufmann S. hier selbst, und sind dessen Propositionen von unsern Kommunalbehörden als wohl ausführbar in Erwägung gezogen worden. Eine Deputation an den Herrn Oberpräsidenten, Herrn Regierungsrath Schäd und Herrn Landrath v. Wassenbach hat dieses Projekt in einer Petition dargelegt, und überall die bereitete Unterstützung gefunden, auch dürfen wir wohl durch Verwendung der hohen Behörden mit zientlicher Sicherheit auf folgende Mittel zu rechnen haben: Aus Staatsfonds ein Drittel der Bausumme, aus Kreismitteln, wie es am 11. d. Mts. die Chausseebau-Kommission beschloßen hat, 10,000 Thaler, von dem Grafen Herrn v. Maczynski 6000 Thaler. Außerdem hat die hiesige Kommune in dem durch den Herrn Landrath aufgenommene Beschluß den Betrag von 3000 Thaler zu zahlen sich verpflichtet. Wenn nun selbst unsere Bräde, welcher ein günstigeres Terrain zu Gebote steht, als der zu Wronke, denselben Kostenaufwand erforderte, als der Anschlag zu dieser zeigt, nämlich circa 43,000 Thlr., so hätten wir vom Staate ca. 14,500 Thlr., also mit den schon vorhandenen Fonds 33,500 Thlr., und es würden im Ganzen für den Provinzialfond nur noch ein Zuschuß von 10,000 Thlen bleiben.

Die Anträge zur Gewährung dieser Fonds sind an betreffender Stelle bereits gestellt, und es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Behörden dem allgemeinen Interesse in gerechter und sorgfältiger Würdigung der Verhältnisse Rechnung tragen werden. Die hiesige Kommune hat zugleich an den Kreistag das Gesuch gestellt, daß derselbe den Brädenbau aus Kreismitteln beschließen wolle, und zahlt dann die Summe von 3000 Thaler vor Beginn des Baues an die Kreiskasse. Es ist diese Summe für die Stadt Dbrzycko sehr bedeutend, da Wronke nur 2000 Thlr. zu seiner Bräde zahlt; aber in Rücksicht darauf, daß der Brädenzoll wegfällt soll und der Verkehr sich bedeutend heben würde, hat sie gern dieses Opfer gebracht.

Die Chausseebau-Kommission hat zugleich zum Ausbau folgender Chausseelinien des Kreises: Wipnica-Brönke und Wronke-Klempitz in erster Linie, Samter-Dbrzycko und Dbrzycko-Klempitz in zweiter Linie, und Wronke-Pinne wie Sefowo-Dusznik-Bul in dritter Linie, eine Anleihe von 200,000 Thaler in Kreisobligationen in Aussicht genommen, welcher Beschluß dem nächsten Kreistage zur Genehmigung vorgelegt wird.

§ Rawicz, 31. März. [Wochenbericht.] Gestern wurde die irdische Hülle des Kreisgerichtsraths Schüler-Beaufest unter der Theilnehmung eines zahlreichen Publikums zu Grabe getragen. Unsere Nachbarstadt Woskoto hatte, um dem Verlebten die letzte Ehre zu erwiesen, eine Deputation, bestehend aus den Vertretern des Magistrats herübergeschickt. Es fühlte sich die dortige Kommune dazu deshalb verpflichtet, weil dasselbe der Rath Schüler die Gerichtstage durch eine ganze Reihe von Jahren abgehalten hatte. Auch die Gerichtsdeputation zu Sosn, welche ein Bestandtheil des hiesigen Kreisgerichts ist, war durch 2 Mitglieder des dortigen Kollegii bei der Beerdigung vertreten. Der Verlebte ist im Alter von 54 Jahren verstorben, nachdem er 17 Jahre lang am hiesigen Gericht gewirkt hatte. Seine Anspruchslosigkeit, der Reichtum seiner Kenntnisse, seine Offenheit, haben ihn der Bevölkerung des Kreises schätzenswerth gemacht. Außer dieser durch Todesfall vakant gewordenen Richterstelle ist durch Verlegung des Kreisrichters Gade, der morgen nach Breslau übersiedelt, woselbst er die Funktionen eines Rathes am dortigen Stadtgericht übernimmt, noch eine zweite Richterstelle erledigt. Zu Ehren des Gerichtsraths Gade wurde in verfloßener Woche ein Souper im engeren Kreise in Ganters Hotel „zum grünen Baum“ veranstaltet. Ob durch die Verlegung des Rathes Gade, der unseren Kreis im Abgeordnetenhaus des preussischen Parlaments vertritt, eine Neuwahl erforderlich sein wird, darüber verlautet noch nichts Bestimmtes. — Der in verfloßener Woche hier nach kurzem Krankenlager im besten Mannesalter verstorben Kaufmann Wenzel hat der hiesigen Realschule ein Legat von 400 Thlrn. mit der Bedingung vermach, daß diese Summe dem Prämiensfond der qu. Anstalt zuzufleßen soll. Dieser Prämiensfond beträgt daher jetzt mehr als 700 Thlr., so daß bei dem Interesse, welches die Bevölkerung unserer Stadt für die Realschule hat, zu erwarten steht, daß er in kurzer Zeit die Höhe von 1000 Thlrn. erreichen wird. Wadam kann erst der Intention des Gründers des mehrfach gedachten Fonds entsprechen werden, indem daraus für bedürftige Schüler das Schulgeld entrichtet werden wird.

Unsere Kommune hat in letzter Zeit wiederholt das Glück gehabt, bei Besetzung von vakanten Lehrstellen recht tüchtige Kräfte zu wählen, aber das Unglück, daß die Gewählten nach einigen Wochen wieder abgeschrieben. So ist es wie ich Ihnen unlängst mitgeteilt habe, mit dem neugewählten Kantor der hiesigen Realschule geschah. In diesen Tagen ging nun ein Schreiben des zum Lehrer an der hiesigen Realschule gewählten Dr. Böfel zu Fürstenwalde ein, in welchem er mittheilte, daß er seine neue Funktion zur Zeit zu übernehmen außer Stande sei, da er sich auf ein Jahr behufs seiner Studien nach Paris begeben wolle. Es ist fraglich, ob die Stelle nochmals ausgeschrieben oder demjenigen übertragen werden wird, der nach Dr. Böfel die meisten Chancen für sich hatte.

E. G. in, 2. April. [Polen-Auswanderung; aufgeweckte Wege.] Am Freitag gingen aus unserer Stadt vier Wagen mit polnischen Familien nach Amerika ab, und sieben andere zählten voll solcher Auswanderer kamen noch aus der Umgegend von hier und Sanowiz hier durch, die alle von Ratel aus per Bahn weiter gingen. Die Auswanderungslust unter den Polen ist so groß, daß nächstens wieder mehrere nachgehen, und auf dem Lande haben schon mehrere polnische Bauern ihre Grundstücke zum Verkauf ausgeteilt, die sie auch zu jedem nur annehmbaren Preise veräußern, damit sie nur bald nach Amerika hinüber können. Auf Befragen, warum sie denn mit einem Male auch so auswanderungslustig seien, entgegneten sie, daß sie bisher immer von der Geiseltlichkeit zurück gehalten worden seien, nun aber von dieser ihnen keine Hindernisse mehr in den Weg gelegt würden.

Die Chausseestrecken von hier nach Szepcie und Panigrodz befinden sich seit Sonnabend in Folge des so plötzlich aufgethauenen Erdrödes bei starker Kälte in einem so aufgeweckten Zustande, daß lange Strecken der Steinbahn von durchgebrochenen Wagen ganz aufgewühlt sind, und nicht nur schwere Wagen, sondern auch die nur leicht beladenen Fuhrwerke auf solchen Stellen nicht selten halbe Stunden lang stecken blieben. Der Post mußten statt zweier Pferde sogar sechs vorgelegt werden, um sie nur hindurch zu bringen. Die noch besseren Stellen der Chaussee gaben selbst schon dem Druck eines Fußgängers nach. Die undankbaren Landstraßen befinden sich natürlich in einem ganz unpassirbaren Zustande.

Glossen zur Tagesgeschichte.

I.

Vertragstreue.

Es war ja Zeus nicht, der uns dies verstanden ließ.

Antigone.

Seefrank könnte man werden; so sind wir in diesen Tagen von dem aus den oberen Regionen erregten Meere der „Vertragstreue“ hin und her geworfen! —

Varen Verträge denkbar, denen die deutschen Regierungen mehr Treue schuldeten, als diesen:

Die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands vereinigen sich zu einem beständigen Bunde, welcher der deutsche Bund heißen soll.

Die Bundesglieder machen sich verbindlich, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, noch ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen, sondern sie bei der Bundesversammlung vorzubringen.

Artikel 1. und 11. der d. V. A. vom 8. Juni 1815.

Der Bund ist als ein unauflöslicher Verein gegründet, und es kann daher der Austritt aus diesem Vereine keinem Mitgliede desselben freistehen.

Artikel V. der Wiener Schlussakte vom 15. Mai 1820.

Dennoch hat Preußen seinen Austritt aus dem deutschen Bunde erklärt, den „beständigen Bund“, den „unauflöslichen Verein“ gelöst und zerrissen, Krieg mit deutschen Staaten geführt und schließlich den ganzen deutschen Bund in die Luft gesprengt.

